LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

III. Wahlperiode / 4.Sitzung.
4.Sitzungsperiode 1928.

Stenographischer Bericht

über die am Freitag, den 7.Dezember 1928 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

-- --

Vorsitzender Scheuer: Ich eröffne die Sitzung (9 Uhr 45 Min.).

Die Regierungskommission ist vertreten durch Herrn:

Ministerial-Direktor Kuchenbecker.

Von den Mitgliedern fehlt entschuldigt Herr:

Angel (Z) - St.Wendel.

--

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

I. Wahl der Beisitzer des Vorstandes;

II. Bildung der Kommissionen;

III. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.:

1) Notverordnung über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses;

2) Notverordnung betr. die Erhebung einer Umsatzabgabe auf Zucker;

3) Abänderung der Ruhegehaltsbestimmungen;

4) Gebühren der Gerichtsvollzieher;

5) Erwerbslosenfürsorge;

6) Bekämpfung des Kartoffelkrebses.

Wir kommen dann zu Punkt 1 der Tagesordnung betr.:

Wahl der Beisitzer des Vorstandes.

Die Stimmzettel sind verteilt. Wenn kein weiterer Vorschlag gemacht wird, darf ich um das Einsammeln der Stimmzettel bitten.

Abg. Hoffmann (SP): Ich schlage vor, daß die bisherigen Beisitzer wiedergewählt werden.

(Zurufe: Einverstanden!)

Vorsitzender: Ich stelle Ihr Einverständnis fest, daß die bisherigen Beisitzer Daub und Schneider ihr Amt weiterführen.

Wir kommen nun zu Punkt 2 der Tagesordnung betr.:

BILDUNG der KOMMISSIONEN.

(Zurufe: Es bleibt bei der bisherigen Besetzung!)

Dann ist dieser Punkt erledigt.

Wir kommen nun zu Punkt 3 der Tagesordnung betr.:

BEGUTACHTUNG der VERORDNUNGSENTWÜRFE.

Nach den stattgefundenen Vorbesprechungen schlage ich vor, die

1) Notverordnung über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses,

in die Wirtschafts-und Rechtskommission,

2) Notverordnung betr. die Erhebung einer Umsatzabgabe auf Zucker,

in die Steuerkommission,

3) Abänderung der Ruhegehaltsbestimmungen

in die Kommission für Verwaltungsfragen,

4) Gebühren der Gerichtsvollzieher

in die Kommission für Verwaltungsfragen,

5)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

5) Erwerbslosenfürsorge

in die Wirtschafts-und Soziale Kommission,

6) Bekämpfung des Kartoffelkrebses

in die Kommission für Wirtschaftsfragen,

zu verweisen.

Durch Erlaß des Herrn Prasidenten der Regierungskommission ist die Tagesordnung durch 3 Vorlagen erweitert worden,die aber noch nicht eingegangen sind, praktisch heute aber schon in die betreffende Kommission verweisen.

Die Vo rlage betr.:

7) Ein= und Ausfuhr von Iflanzen und sonstigen Gegenständen des Wein=und Gartenbaues über die Zollgrenze des Saargebietes

wird in die Wirtschaftskommission,

8) Vornahme einer Wohnungszählung im Saargebiet im Jahre 1929

in die Verwaltungskommission,

9) Rechtsmittel in Verbrauchs-und Stempelsteuersachen

in die Steuerkommission verwiesen.

Widerspruch erhebt sich nicht;damit sind die Vorlagen in die Kommissionen verwiesen und die eigentliche Tagesordnung erschöpft.

Außerhalb

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Außerhalb der Tagesordnung hat Herr Abg.Levacher ums Wort gebeten.

Abg. Levacher (Z): Meine Herren! Ich habe die Ehre,namens des Landesrates,mit Ausnahme der Kommunistischen Fraktion,folgende

R E S O L U T I O N

betr. Räumung des Rheinlandes und Rückgabe des Saargebietes

bekanntzugeben:

" Zehn Jahre sind vergangen,seitdem fremde Truppen das Saargebiet besetzt haben; zehn Jahre, seitdem das Saargebiet unter der Fremdherrschaft steht.

Zehn Jahre bitterer Erfahrungen,politischer Entrechtung und wirtschaftlicher Not haben uns gelehrt,was es heißt,von seinem Vaterlande getrennt zu sein.

In unverbrüchlicher Treue ersehnen wir die Rückkehr zu unserem deutschen Vaterlande,von dem man uns nie hätte trennen sollen.

Räumung des Rheinlandes und Rückgabe des Saargebietes sind untrennbar miteinander verknüpft. Beide müssen baldigst Wirklichkeit werden,soll eine wahre Völkerversöhnung zustande kommen. Trotzdem warnen wir die Regierung des Deutschen Reiches,für diese Ziele Lasten auf sich zu nehmen, die die Souveränität des Reiches über das Jahr 1935 hinaus beschränken. Lieber werden wir bis 1935 ausharren.

(Bravo- Rufe !)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg. Daub (KP): Meine Herren! Die Abgabe einer solchen einfachen Erklärung, ohne daß die Parteien in die Materie tiefer hineinsteigen ohne Behandlung der letzten Vorgänge das Problem aufzurollen, Rückgliederung an das Reich, beweist, daß die Parteien nichts mehr zu sagen haben, als eine inhaltlose Erklärung abzugeben. Die Kommunistische Fraktion ist hierin anderer Auffassung. Sie brauch nur von der Tatsache auszugehen, daß im Laufe der letzten Monate und auf der letzten Völkerbundstagung in Genf die Bedingungen einer Rückgliederung des Saargebietes an's Reich untersucht wurden. Wir glauben, daß bei der letzten Völkerbundstagung die Mitglieder des Völkerbundes Farbe bekannt haben, und daß sie von Paris aus gezwungen worden sind, ihre klare Absicht zutage treten zu lassen. Erinnern Sie sich an die Rede des französischen Außenministers Briand auf der letzten Genfer Tagung und Sie können feststellen, daß die letzte Völkerbundstagung den pazifistischen Nebel der letzten 50 Völkerbundstagungen zerrissen hat. Man kann weiter feststellen, daß mit rücksichtsloser Offenheit die Abrüstungsforderungen der Sowjetunion abgewiesen wurden, und daß die Reden getragen waren unter dem Schein pazifistischer Phrasen die Rüstungen als notwendig hinstellt in Anbetracht der Kriegsgefahr von Seiten Rußland, indem man sich in der Hetze gegen die Sowjetunion gegenseitig übertrumpfte. Es kann klar gesagt werden, daß dort die Reden als Bindemittel dienten, um die Gegensätze der einzelnen Staaten untereinander auszugleichen zum gemeinsamen Kampf gegen ~~die~~ Sowjet-Rußland. Wenn der „Vorwärts" in Berlin auf die Rede Briands geschrieben hat, ja, die Rede Briands war eine unglückliche Rede, so stellen wir als Kommunisten fest, daß Briand die verschärften imperialistischen Gegensätze zum Ausdruck brachte. Wenn man das sieht, so kann man dem „Vorwärts" sagen, daß er die ganzen Zusammenhänge absichtlich verschleiert und auf den Kern der ganzen Geschichte nicht eingeht. Wenn Briand darauf hinweist, daß der Ausbau der deutschen Handelsmarine eine Kriegsvorbereitung ist, so glaube ich, daß die Rede Briands doch einen richtigen Kern in sich birgt, da ja auch Deutschland wie alle imperialistischen Staaten sich für einen neuen Krieg vorbereiten. Der Völkerbund ist das Instrument zur Vorbereitung eines neuen Krieges. Es ist mithin eine Illusion, wenn Sie glauben, daß der Völkerbund das Instrument sei, ohne Einlösung bestimmter Gegenforderungen das Saargebiet zurückzuführen. Man kann sagen, aus der Rede Briands ist festzustellen und sie ist ein Beweis, daß die Zeit der schönen Melodien vorbei ist. Wenn Briand für die Aufrüstung eingetreten ist und für Frankreich rüsten muß, so glauben wir, daß dadurch klar zum Ausdruck gekommen ist, daß die Zeit der Illusionen vorbei ist. Man kann feststellen, daß die

Vorbereitungen vorhanden sind. Wenn man das feststellen kann,so kann man nicht sagen,daß, ohne daß bestimmte Vorgänge vor sich gehen,eine Rückgliederung des Saargebietes vorgenommen werden kann. Die Räumung sollte schon vor 6 oder 7 Jahren vor sich gehen. Wir stellen im Saargebiet fest,daß die Arbeiterschaft und die Bevölkerung längst darauf warten. Wir stellen fest, daß die Parteien,die diese Erklärung abgeben sich nicht in die materie vertiefen und Maßnahmen,die notwendig sind für die Rückgliederung des Saargebietes an das Reich ablehnen durchzuführen. Es besteht kein Zweifel darüber,daß wenn Briand erklärte,daß sich alle kapitalistischen Staaten konzentrieren müssen,weil sonst die Gefahr bestände,daß an deren Stelle eine andere internationale Macht tritt,er damit nur die 3.Internationale gemeint hat. Er brachte es klar zum Ausdruck,daß Rüstungen notwendig sind, und diese Rüstungen sollen dazu dienen,um gegen Rußland zu kämpfen. In den letzten Monaten hat sich klar herausgeschält , daß sich die Sozialdemokraten hier als die Wortführer dieser imperialistischen Maßnahmen, als die Wortführer dieser Kriegshetzer entlarvt haben. Sie sind diejenigen,die die Maßnahmen der Imperialisten unterstützen. Ich erinnere nur an Paul Boncour,der ein sozialdemokratisches Mitglied ist. Er hat in Frankreich den Kriegshetzer abgegeben. Es besteht gar kein Unterschied zwischen Poincaré und Briand einerseits und Boncour andererseits. Wir sprechen den Sozialdemokraten das Recht ab,sich gegen Maßnahmen zu wehren,die sie mithalfen schaffen durch den Versail ler Vertrag und heute sagen sie: wir wollen die Rückgliederung des Saargebietes an das Reich, wir wollen vom Völkerbund verlangen,daß er die Rückgliederung durchführt und im Saargebiet in holder Eintracht mit den Bürgerlichen das Vorgehen der Völkerbundsregierung nicht nur unterstützt, sondern fördert. In die Reihen der bürgerlichen Parteien dorthin gehören Sie(z.d.Sozialdemokraten)
Es ist der Ausdruck der Koalitionspolitik wie drüben im Reiche.

((Zurufe der Kommunisten: Sehr gut!)

Ich glaube,an Hand der Unterstützungspolitik durch die Sozialdemokraten werden die Imperialisten nicht dazu übergehen,ihre gute Position im Rheinland und im Saargebiet aufzugeben. Die Erscheinungen beweisen,daß Deutschland immer mehr in die Antisowjet= front einrückt, und sich mehr nach Westen orientiert gegen den Sowjetstaat. Man hat auf der gegnerischen Seite die Bedingungen gestellt: Anerkennung des polnischen Korridors,kein Anschluß Österreichs an Deutschland,Reparationsleistungen in Verbindung mit der Räumung. Die Behandlung dieser Frage,glaube ich, liegt in der Linie,daß die Imperialisten kuhhandeln um den Block gegen die Sowjetunion zu schmieden auf Kosten der Arbeiterschaft. In der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Vergangenheit liegt ebenfalls geschichtlich fest, daß alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten immer den imperialistischen Standpunkt vertreten haben und Annexionen verlangten. In der Vorkriegszeit sind sie immer dafür eingetreten, nicht nur Erhaltung von Südwestafrika, sondern Verbreiterung der Kolonialgebiete. Es ist eine Phrase, wenn jetzt hier gegen das gesprochen wird, was man in der Vergangenheit selbst vertreten und verlangt hat. Sie sind mit schuld an der Annexion des Saargebietes.

Wir als Kommunisten sind dafur, daß das Saargebiet wieder an das deutsche Reich angegliedert wird. Wir stellen aber als Kommunistische Partei fest, daß bei der Rückgliederung an das Reich keine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft eintreten wird. Wir stellen fest, daß zwischen den Ausbeutungsmethoden der französischen Kapitalisten und den deutschen Kapitalisten kein Unterschied besteht.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr gut!)

Wir stellen fest, daß der Kampf der Saararbeiterschaft gegen die Unterdrückung bei der Rückgliederung an das Reich nicht aufhört, sondern weitergeführt werden muß gemeinsam mit den Brüdern in Deutschland bis zur Erreichung des Zieles, Sturz dieser Gesellschaftsordnung. Wir stellen fest, daß in Deutschland die Ausbeutungsmethoden auch unter der Republik dieselben sind wie vorher. Millionen Erwerbslose sind vorhanden, auch das Elend der Arbeiterschaft steigert sich von Tag zu Tag. Wir werden in Zukunft wie in der Vergangenheit die Massen überall mobilisieren gegen jedwede Knechtschaft. Ich brauche nur festzustellen, daß wir in der Vergangenheit aktiv die Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Kolonialregierung führten. Sie schreiben im Saargebiet über die hohen Steuern, die die Regierungskommission eingeführt hat und noch einführt. Sie schreiben, daß man im Saargebiet keine Maßnahmen ergreift, die Steuern zu verringern. Sie schreiben, daß man den Völkerbundsdelegierten 50 000 Mark Gehalt zahlt. Vor Jahren hat die „Saarbrücker Zeitung" eine Gehaltserhöhung verlangt, vor einigen Tagen schrieb sie, daß die Summe von 50 000 Mark viel zu hoch sei. Was sie früher verlangte, bekämpft sie jetzt. Bei den Maßnahmen, die die Regierungskommission seinerzeit gegen die Arbeiterschaft ergriffen hatte, als die 50 000 Bergarbeiter aufmarschiert sind, um die Forderung nach mehr Lohn und Brot, da haben die anderen Parteien nicht nur die Maßnahmen der Regierungskommission gedeckt oder ganz belanglos kritisiert, sondern die „Saarbrücker Zeitung" hat sich sogar erlaubt, die aufmarschierenden Bergarbeiter als Plünderer hinzustellen, die die Bahnhofstraße plündern wollten usw. Damals ist die „Volksstimme" auch als Wortführer der Regierungskommission aufgetreten, indem sie geschrieben hat, daß die Arbeiterschaft aufmarschiert sei, um die Regierungskommission zu provozieren.

Zum

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

396

Zum Schluß erklären wir, daß wir als Kommunisten vor wie nach dafür eintreten, daß das Saargebiet zum Reich zurückgegliedert wird, selbstverständlich unter Hinweis auf den von uns vertretenen Standpunkt. Ich gebe deshalb eine Gegenerklärung ab, die folgendermaßen lautet:

" Die Kommunistische Partei hat im Laufe der Jahre gegen jegliche Unterdrückung und Annexion im praktischen Kampf n u r a l l e i n mobilisiert, während alle anderen Parteien sich aktiv an der Unterdrückungspolitik des Völkerbundes beteiligt haben und sich in ihrer Scheinopposition nur auf Bittgänge beschränken.

Die Kommunistische Partei hat stets darauf hingewiesen, daß der Völkerbund als Vertreter der herrschenden kapitalistischen Staaten Europas nicht zum Schutze, sondern zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und Kolonialvölker gebildet wurde. So liegt heute klar zu Tage, daß sich die Politik des Völkerbundes in den Bahnen neuer Kriegsvorbereitungen bewegt und hat sich auch Deutschland auf der letzten Tagung in Genf, offen in die aktive Front gegen die Sowjetunion eingereiht.

Weiterhin steht geschichtlich fest, daß sie als Vertreter der kapitalistischen Klasse während des Weltkrieges, die Annexionspolitik der deutschen Imperialisten vertreten haben. (Siehe Rede des Ausbeuters Hermann Röchling 1918, in welcher er verlangte, die Annexion des Erzbeckens von Longwy und Briey, sowie Nordfrankreichs).

Aus diesen Gründen sprechen wir den bürgerlichen sowie sozialdemokratischen Parteien das Recht ab, sich über die Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung im Saargebiet durch die Kolonialregierung des Völkerbundes zu beschweren, da sie es waren, die bis heute dieses Regime nicht nur förderten und stützten, sondern sich aktiv an der Regierung, Verwaltung und Ausbeutung beteiligten.

Die Kommunistische Partei des Saargebietes und mit ihr die Arbeiterschaft ist für die Rückgliederung ans Reich, ohne dabei nicht im geringsten ihren Kampf gegen den deutsch-französischen Ausbeuter zurückzustellen.

Ausgehend von der Tatsache, daß bei der Rückgliederung ans Reich keine Verbesserung für die Lage der Arbeiterschaft eintreten wird, da die deutschen Kapitalisten in ihren Ausbeutungsmethoden den französischen Kapitalisten nicht nachstehen, wird die Arbeiterschaft des Saargebietes unter Führung der Kommunistischen Partei, vereint mit den Klassengenossen im Reich, mit gestärkten Kräften den Kampf weiterfuhren bis zum Sturz dieses Systems, für die Errichtung eines Sowjetdeutschlands."

(Bravo-Rufe der Kommunisten!)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg.Hoffmann(SP): Ich möchte nur eins feststellen: Der Herr Levacher hat eine Erklärung abgegeben auch im Namen unserer Partei,von der wir leider nichts wissen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher !

Abg.Levacher (Z): Hier ist gesagt worden,daß die Erklärung für sämtliche Parteien abgegeben werden soll. Nachdem der Sprecher der Sozialdemokratie den Einwand gemacht hat,ziehe ich sie für die Sozialdemokratie zurück.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg.Hoffmann(SP): Die Sozialdemokratische Partei stellt fest, daß sie durch den Oberbezirk Rheinprovinz eine allgemeine Erklärung in der Besatzungsfrage bereits in der Öffentlichkeit verbreitet hat. Die Fraktion des Landesrates steht auf dem Boden dieser Erklärung. Sie hält es für überflüssig,erneut eine Erklärung in dieser Frage abzugeben.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Becker!

Abg.Becker (Z): Meine Herren! Ich bedauere diese letzte Erklärung des Herrn Abgeordneten Hoffmann außerordentlich. Es kann niemals überflüssig sein,derartige Erklärungen abzugeben, und ich betone,der Landesrat ist dafür da, daß man solche Erklärungen abgibt. Wir müssen es daher außerordentlich bedauern,daß der Herr Abgeordnete Hoffmann und die Sozialdemokratische Partei sich dieser Erklärung nicht angeschlossen haben.

Was den anderen Vorredner, den Herrn Abgeordneten Daub, anbetrifft, so muß ich sagen,daß er uns den Vorwurf gemacht hat, daß wir nicht tief genug in die Materie eingedrungen seien. Ich muß sagen,daß er an den Kern der Frage nicht herangekommen ist. Er ist überall herumgereist,sogar in Südwestafrika, aber in die Materie ist er nicht eingedrungen.

Meine Herren! Begeben wir uns deshalb doch noch einmal ins Saargebiet zurück und versuchen wir, in die Materie einzudringen.

Am Dienstag,den 20.November ds.Js. hat uns die Regierung des Saargebietes den Haushaltplan für 1928 zugehen lassen. Der Haushaltplan trägt wie immer die Aufschrift: Beschluß der Regierungskommission vom 24.3.1928. Diesmal ist noch ein zweites Datum dabei, der 27.10.1928. Damit hat die Regierungskommission wieder einmal uns sagen wollen,daß sie bereits,bevor sie uns den Haushaltplan hat zugehen lassen,einen autokratischen Beschluß über diesen Plan gefaßt hat. Sie hat uns sagen wollen oder hat uns wenigstens zum Ausdruck gebracht,daß sie über unsere Steuergroschen bereits verfügt hat und darüber entscheidet, und daß wir lediglich Kenntnis davon zu nehmen haben. Hier im Landesrat ist mehrfach erklärt worden,daß wir dieser Ansicht der Regierungskommission nicht zustimmen können. Im § 26 des Versailler Vertrages heißt es ausdrücklich, daß Abgaben nur nach Befragung der örtlichen Vertretung erhoben werden können. Dasselbe findet man in § 23 des Versailler Vertrages. Da heißt es, daß bei Änderung von gesetzlichen Regelungen die Zustimmung des französischen Staates erforderlich sei. Bei der Grubenverwaltung hat die Regierungskommission nun früher stets in der Praxis die Befragung des französischen Staates auch als Zustimmung aufgefaßt. Es ist uns wiederholt erklärt worden, daß dies oder jenes Gesetz nicht in Kraft treten könne,weil zunächst die Zustimmung des französischen Staates abgewartet werden müsse und weil sie bis jetzt noch nicht eingetroffen sei. Die Regierungskommission hat das Recht,Kapitel 2 des Versailler Vertrages selbst auszulegen. Sie darf aber - das liegt in dem Auslegungsrecht enthalten- doch nicht ein und dasselbe Wort zweimal ganz verschieden auslegen. Wir dürfen für uns das gleiche Recht in Anspruch nehmen und dürfen fordern, daß die Befragung auch als unsere

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Zustimmung aufgefaßt werden muß. Nach unserer Ansicht darf also keine Verordnung über die Steuern und Haushaltsgelder des Saargebietes in Kraft treten, ohne daß der Landesrat seine Zustimmung dazu gibt. Für die neue Regierungskommission möchte ich auch die Ausführungen wiederholen, die einmal mein früherer Fraktionskollege Herr Karius an dieser Stelle gemacht hat. Es ist nach der alten Gesetzgebung, die uns vom Jahre 1918 durch den Versailler Vertrag erhalten geblieben ist, bestimmt, daß der Etat jährlich durch den Reichstag verabschiedet wird. Also hat nicht einfach die Regierungskommission das Recht, den Haushaltplan selbstherrlich zu verabschieden, sondern sie muß ihn erst der Vertretung der Bevölkerung zugehen lassen. Wenn es in der Errichtungsurkunde des Landesrates heißt, daß dem Landesrat der Haushaltplan lediglich zur Kenntnisnahme zugeht, so ist damit nichts besonderes gesagt, denn die Errichtungsurkunde zum Landesrat konnte den Versailler Vertrag nicht ändern. Wir müssen auch die Regierungskommission ersuchen, uns in Zukunft mindestens zu Anfang des Jahres, spätestens aber vor dem 1. April, den Haushaltplan zugehen zu e lassen, damit der Landesrat auch in der Lage ist, sich rechtzeitig mit ihm zu befassen.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Sagen Sie das aber auch dem Minister Koßmann!)

Wir sind fest davon überzeugt, daß Herr Minister Koßmann sich stets für unsere Forderungen eingesetzt hat.

Wir müssen ferner fordern, daß die Regierungskommission den tatsächlichen Rechnungsabschluß für die Jahre 1926 und 1927 vorlegt. Die Zentrumsfraktion hat vor einigen Wochen bereits die Regierungskommission auf die Verzögerung in der Zustellung des Haushaltsplanes aufmerksam gemacht. Ich stelle fest, daß immerhin ein gewisser Fortschritt darin besteht, daß die Regierungskommission diese Eingabe inzwischen beantwortet hat. Zu Zeiten des Herrn Hault hat man vielfach Eingaben überhaupt nicht beantwortet. Aber auch die Antwort, die die Regierungskommission neuerdings der Zentrumsfraktion erteilt hat, hat uns in keiner Weise befriedigen können. Sie scheint mir wenig stichhaltig zu sein. Die Regierungskommission hat ausgeführt, daß die Höhe der Beamtengehälter noch nicht festgestanden habe und sie deshalb nicht in der Lage gewesen sei, den Etat früher festzusetzen.
Ja, meine Herren, ich muß denn doch fragen: „Kennt denn die Regierungskommission nicht den Ausdruck Nachtragsetat, hat sie noch nie etwas hiervon gehört." Die Regierungskommission hätte doch ruhig zu Anfang des Jahres uns den Haushaltplan zuschicken können, sie hätte dabei darauf hinweisen können, daß uns bei Erhöhung der Beamtengehälter ein Nachtrags-Etat zugehen würde. Diese Regelung wäre so

einfach

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

einfach gewesen, daß sie auch der Regierungskommission hätte einleuchten müssen. Die Antwort der Regierungskommission läßt weiterhin die Annahme zu, daß sie unsere Anregung, dem Landesrat monatlich Aufklärung und Mitteilung über die vereinnahmten Zölle zu machen, scheinbar nicht richtig verstanden hat. Dem Landesrat muß eine Übersicht und Kontrolle über die Zolleinnahmen ermöglicht werden. Die Regierungskommission hat sich auf unsere Anfrage über die Erhebungskosten bisher vollständig ausgeschwiegen. Ich weiß nun nicht, ob sie tatsächlich nur die Abrechnung erhält, die sie an uns, den Landesrat, weiterleitet. Es wäre jedenfalls etwas ganz Ungeheuerliches und mit der ersten Pflicht der Regierungskommission, die Interessen der Saarbevölkerung zu fördern und zu wahren, absolut unvereinbar, wenn die französische Zollverwaltung der Saarregierung einfach nur irgend einen Betrag angibt, den sie aus Ein- und Ausgaben nach Abzug der Erhebungskosten ermittelt, und wenn die Regierungskommission sich mit dieser Angabe ohne nähere Prüfung begnügt hätte. Zum mindesten hätten bei der Aufstellung des tatsächlichen Rechnungsabschlusses über die Zolleinnahmen genaue Angaben gemacht werden müssen. Ich muß feststellen, daß in dem Ist-Etat für 1925, der uns als erster Ist-Etat unter dem 6. Oktober 1927 zugestellt wurde, keine näheren Angaben enthalten sind.

Wenn die Regierungskommission angibt, daß es schwierig sei, die Zoll-Einnahmen jährlich oder monatlich zu schätzen, so erlaube ich mir zu bemerken, daß wir eine Schätzung gar nicht verlangen. Wir wollen nur, daß uns diese Zahlen bekanntgegeben werden, genau so, wie auch das Reich seine Zolleinnahmen bekanntgibt und genau so, wie die Einnahmen der Post-und Eisenbahnverwaltung jeden Monat bekanntgegeben werden. Wir gehen dabei selbstverständlich von der Voraussetzung aus, daß die Regierungskommission einen Überblick und die Kontrolle über diese Ziffern besitzt und daß auf diese Weise, wie ich schon gesagt habe, wir die Möglichkeit erhalten werden, besser wie bisher, Einblick in das Finanzgebahren der Regierungskommission und der Zollverwaltung zu nehmen.

Es sind jetzt 10 Jahre her, daß uns die alliierten und associierten Staaten in hochtönenden Noten verkündet haben, daß wir in Deutschland keine Demokratie kannten, und daß die Demokratie zu uns gebracht werden müsse. Ja, meine Herren, ich glaube beinahe, daß wir im alten Deutschland mehr Demokratie hatten, als sie uns heute der Völkerbund beschert hat. Über die Einnahmen und Ausgaben hatten wir jedenfalls viel mehr Klarheit und vielmehr Übersicht, wie unter der jetzigen vom Völkerbund eingesetzten Regierungskommission.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Ich frage Sie, sieht so die Demokratie der alliierten und associierten Mächte oder die des Völkerbundes aus? Muß denn gerade eine Regierungskommission, die vom Völkerbund eingesetzt ist, mit dem allerschlechtesten Beispiel vorangehen und einer Bevölkerung, die ihr unterstellt ist, die genaue Rechenschaftslegung über die Verwendung ihrer Steuergroschen verweigern? Meine Herren, diese Tatsache, daß eine genaue Rechnungslage und übersichtliche Rechnungslegung bisher nicht erfolgt ist, ist allein schon geeignet, dem Völkerbund den allerschwersten Schlag zu geben. Diese Tatsache tut aber auch dem großen Gedanken der Versöhnung der Völker und des Friedens der Völker, den der Völkerbund doch verkörpern soll, Abbruch. Die Regierungskommission möge daher glauben, daß es uns ernst ist mit dieser Forderung auf Rechschaftslegung und Klarheit. Wir müssen auf dieser Forderung nicht nur im Interesse unseres Saargebietes, sondern auch im Interesse des Völkerbundes selbst, bestehen. Wir müssen die Delegationen, die wir nach Genf entsenden und die deutsche Regierung, die ja nunmehr auch im Völkerbund vertreten ist, dringend ersuchen, beim Völkerbundsrat ernste Vorstellungen über diese Angelegenheiten zu erheben. Ich möchte auf Einzelheiten des Haushaltplan es nicht näher eingehen, da ja der Haushaltplan in der Presse und den verschiedenen Zeitungen eingehend besprochen worden ist. Ich möchte zunächst feststellen, daß die Regierung noch in jedem Haushaltplan, den sie uns in den vergangenen Jahren zustellen ließ, Überschüsse aus den Vorjahren aufweisen konnte. Geht man weiter davon aus, daß die Regierungskommission auch noch dauernd von den Steuern, die ja zunächst nur für sie bestimmt waren, insbesondere erwähne ich hier die Umsatzsteuer, erhebliche Teile an die Kommunen hat abgeben können, so muß man feststellen, daß die Regierungskommission große Steuerbeträge auf Vorrat erhoben hat. Weniger Steuern zu erheben, wäre in diesem Falle besser gewesen. Eine Regierung muß die Steuerlasten stets den Kräften des Landes anpassen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß namentlich die [illegible] niederen Einkommen und in ganz besonderem Masse der Mittelstand im Saargebiet steuerlich stark überlastet ist und dringend eine Entlastung verdient.

(Zuruf des Abg. Weiß: Man hat doch den Steuergesetzen zugestimmt!)

Das war ja schon im Jahre 1923. Wir haben ja seit dem Jahre 1923 mehr als einmal eine Steuerreform verlangt.

Die Regierung hat aufgrund unserer Interpellation über die Entlassung von Bergarbeitern, im Laufe des Jahres eine Reihe Notstandsarbeiten vorgesehen. Wir stellen fest, daß diese Notstandsarbeiten im Haushaltplan keine oder fast keine Berücksichtigung gefunden haben, trotzdem der Haushaltplan erst am 17. Oktober verabschiedet wurde. In diesem Sinne unterstützen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

wir auch eine Eingabe, die uns von der Zentrale des Erwerbslosenausschusses zugegangen ist und die die Erhöhung der Bezüge fordert.

Wir hätten auch gewünscht, daß neben diesen Mitteln für Notstandsarbeiten und produktive Erwerbslosenfürsorge auch Mittel für den Wohnungsbau eingesetzt worden wären. Meine Fraktion hat heute erneut einen Antrag eingereicht, der eine neue Wohnungsvorlage nach den früheren Gutachten des Landesrates fordert. Wir sind uns darüber klar, daß, wenn auch nicht überall, so doch an vielen Stellen im Wohnungsbau noch viel geschehen kann und muß, bevor die Zwangswirtschaft aufgehoben werden kann.

Ganz besonders ist uns im Haushaltplan aufgefallen, daß zum ersten Male eine Position „Kosten der Unterbringung der Bahnschutztruppen" mit 200 000.- Fr. erscheint. Demgegenüber verweisen wir auf die Rechtslage, die in der Saarbrücker Landeszeitung vom 27.November dargelegt ist:

„Durch die Organisation und Unterhaltung der Eisenbahnkommission und des Bahnschutzes darf dem Saargebiet keinerlei finanzielle Belastung entstehen."

Wir beantragen also, daß die Regierungskommission diesen Posten von 200 000 Franken schleunigst aus dem Haushaltplan streicht.

Bei dem

Haushalt der Polizeiverwaltung

ist mir auf Seite 34 eine Position aufgefallen" Einnahmen aus Mieten und Pachtverträgen des Landjägerkorps" und habe mir darüber sehr viel Kopfzerbrechen gemacht. Ich möchte daher die Anfrage an den Herrn Staatskommissar richten, welche Mieten werden für Landjäger bezahlt? Diese Anfrage mag im ersten Moment etwas komisch erscheinen, deshalb begründe ich sie wie folgt:

Im vergangenen Sommer stand in meiner Nachbarschaft einige Wochen lang ein Landjäger Tag und Nacht Posten vor einer Wohnung, deren Inhaber verreist war. Ich weiß nicht, ob der Herr Mitglied der Garnisontruppen war. Es mag ein beruhigendes Gefühl sein, wenn ein Landjäger am Hause treue Wacht hält. Unwillkürlich mußte man beim Anblick dieses Postens an das bekannte Lied denken: Steh' ich in finstrer Mitternacht, so einsam auf der stillen Wacht-----. Damit nun die Leute, die nicht zur Garnisontruppe oder Bergwerksverwaltung gehören, sich auch einen Landjäger leisten können, ist es vielleicht empfehlenswert, wenn die Regierungskommission ihren Tarif für das Verleihen von Landjägern bekanntgibt. Vielleicht läßt sich dann die betreffende Position im Haushaltplan noch etwas steigern.-

(Lachen)

Zuruf

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

(Zuruf des Abg. Schmelzer: Wach-und Schließgesellschaft)

Unterm 9. Februar 1927 haben wir einen Antrag an die Regierungskommission gestellt, daß man diejenigen Kosten für den Haushalt des Saargebietes, die nicht auf dem Steuerwege erhoben werden können, auf dem Wege der Anleihe aufbringen solle. Maßgebend für diesen unseren Antrag war der Gedanke, daß unsere Anlagen im Saargebiet, in erster Linie unsere Verkehrsmittel, Eisenbahn, Post und Straßenbahnnetz auf einer Höhe gehalten werden müssen, die der Bedeutung des Gebietes entspricht. Wir begrüßen es, daß die Regierungskommission den Fraktionsführern des Landesrates bekanntgegeben hat, daß sie in Anleiheverhandlungen eintreten will. Bisher ist man unseren Wünschen nicht gerecht geworden. Die meisten Arbeiten, die im Haushalt der Eisenbahn stehen, würden bei einer kaufmännischen Buchführung nicht als außerordentliche Auslagen betrachtet werden können. Lediglich würden diese als kleine Anschaffungen oder als Reparaturen verbucht werden. Unter den 31 Positionen, die einmalige und außerordentliche Ausgaben der Eisenbahn darstellen, ist kaum eine einzige, die diese Bezeichnung verdient.

Die Tatsache, daß die Beschaffung eines D-Wagens 1.-3. Klasse angefordert wird, gibt mir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß man mit der Abschaffung der 1. Klasse im Saargebiet genau so zaghaft vorgegangen ist, wie bei der Reichsbahn. Man hat groß und deutlich verkündet, daß die 1. Klasse nur noch in den großen, schnellfahrenden Fernzügen internationalen Gepräges geführt werden sollen. Statt dessen muß ich feststellen, daß die 1. Klasse im Saargebiet fast überall beibehalten wurde. Das ist keine Rationalisierung. Bestehen da irgendwelche Einflüsse oder hat man das für die französischen Generäle getan? Wir haben im Saargebiet ja gar keine Schnellzüge, denn ihrer Fahrgeschwindigkeit nach verdienen die Züge, die man von hier aus nach Frankfurt oder Köln schickt, kaum den Namen «Eilzug." Wie ich gehört habe, ist seitens der Eisenbahndirektion auch die Beschaffung von 2.-Klasse-Wagen in Aussicht genommen. Lieferzeit und Preis sollen in den Angeboten deutscher Firmen günstiger liegen als bei den französischen Firmen. Es muß daher erwartet werden, daß die Aufträge an deutsche Firmen vergeben werden. Grundsätzlich muß ich hier zu der Erteilung von Aufträgen nach dem Submissionswesen Stellung nehmen. Es kommt vor, daß deutsche Firmen, wenn man den Zoll hinzurechnet, etwas teurer sind als die französischen. Aber der Zoll wird an der Saargebietsgrenze zurückvergütet, sodaß man bei der Erteilung von Aufträgen den Zoll nicht berücksichtigen darf.

Nun noch einige landwirtschaftliche Wünsche zum Haushalt. Auf Seite 66 Ziffer 11 der

Kulturbauverwaltung

werden als Beihilfe zu Kulturunternehmungen

Frs.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Frs. 350 000 weniger ausgeworfen als im Vorjahre. Meine Freunde von der Landwirtschaft sind der Meinung, daß die Aufgaben für die Kulturbauverwaltung noch so groß sind, daß der Betrag als zu gering erscheinen muß. Ebenso werden die Kosten für das ländliche Bildungswesen, die mit 280 000 Franken in dem Haushalt für Kultus und Schulwesen eingesetzt sind, als zu niedrig angesehen. Es könnten dagegen die Kosten für den französischen Sprachunterricht gestrichen werden. Der Nutzen dieses fakultativen Unterrichtes ist höchst zweifelhaft. Es hat sich herausgestellt, daß ein vorübergehender französischer Unterricht in den Volksschulen nicht genügt und daß er mehr Schaden bringt als Nutzen, da er die Ausbildung in den eigentlichen Pflichtfächern behindert. Außerdem wird vielfach im Auslande und ganz besonders in Frankreich durch diesen Unterricht der Eindruck erweckt, als sei unsere Bevölkerung französisch. Aus der Tatsache, daß einige hundert Kinder die französische Schule besuchen und einige tausend fakultativen Unterricht nehmen, wird in Frankreich gefolgert, daß man im Saargebiet dem französischen Gedanken freundlich gesinnt sei. Auch der Schein muß vermieden werden, aus dem unkundige Franzosen das Recht zu einer Annexion herleiten könnten. Ich möchte dazu noch bemerken, daß nach Informationen, die mir zuteil geworden sind, die Kosten des französischen Unterrichts mit dem, was im Haushaltplan eingesetzt ist, sich gar nicht erschöpfen, sondern die Regierungskommission hat dazu noch eine weitere Position, „Nebenunterricht", die mit 900 000 Fr, im Etat steht, hinzugezogen. Auch aus dieser Position des Haushaltplanes wird der fakultative französische Unterricht bestritten.

Der Schutzverein für Handel und Gewerbe im Saargebiet hat dem Landesrat eine Eingabe eingereicht, die Ihnen allen zugegangen ist. Er fordert die Aufhebung der letzten Reste der Kriegs- und Zwangswirtschaftsgesetzgebung. Die Zentrumsfraktion hat in ihr Programm, das sie vor den letzten Wahlen veröffentlicht hat, den Abbau der Zwangsgesetze aufgenommen. Die Zentrumsfraktion muß daher für diese Eingabe eintreten, umso mehr, als in Deutschland vor mehreren Jahren bereits diese Kriegs-und Zwangsgesetze aufgehoben worden sind. Sie haben ja praktische Bedeutung auch hier im Saargebiet längst nicht mehr.- Der Vorsitzende unserer Fraktion, Herr Levacher, hat bereits in einer der letzten Sitzungen gefordert, daß eine Umstellung der Gesellschaften auf den Goldfranken oder wenigstens auf den heutigen Stand des Franken erfolgen müsse. Wir haben heute 3 Arten von Gesellschaften. Angenommen sie haben nominell das gleiche

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

405

Kapital. Unter Umständen ergeben sich aber Unterschiede bis 600 % oder noch über 600 % zwischen den einzelnen Gesellschaften, je nachdem, ob es sich um Friedensgesellschaften handelt, oder ob es Firmen sind, die in den Jahren 1920 bis 1923,oder Firmen, die nach 1923, also hauptsächlich während der Frankeninflation gegründet worden sind. In Frankreich macht man leider noch keine Anstalten,eine Bereinigung der Bilanzen vorzunehmen. Man tut das auch in Frankreich nicht,weil man eben vorläufig dort eine Aufwertung nicht vornehmen möchte, und weil man fürchtet, daß auf diesem Wege über die Bereinigung und Umstellung der Bilanzen auch die Aufwertungsbewegung in Frankreich gestärkt werden könne. Wir im Saargebiet brauchen uns aber an diese Schwierigkeiten, die in Frankreich bestehen, nicht zu stören. Wir können doch ganz unabhängig davon die Bereinigung der Bilanzen vornehmen. Es ist uns auch s.Zt. von der Steuerverwaltung auf eine Eingabe hin mitgeteilt worden, daß eine Heranziehung der juristischen Personen,also der Gesellschaften, zur Vermögenssteuer deshalb nicht stattfinden könne, weil eine Bilanzberichtigung nicht erfolgt sei. Also auch um die Heranziehung der juristischen Personen zur Vermögenssteuer zu ermöglichen, muß die Bereinigung der Bilanzen und die Umstellung der Gesellschaften stattfinden.-

Bei dieser Gelegenheit möchte auch auf den Antrag der Zentrumsfraktion hinweisen, in dem die Regierungskommission nochmals ersucht wird,die Aufwertungsvorlage nunmehr endgültig und möglichst bald zu verabschieden. Wir betonen dabei, daß nur eine Gesamtaufwertung für uns infrage kommt. Es müssen neben den Hypotheken also auch die Guthaben der Sparer aufgewertet werden. Dieser Standpunkt ist ja auch in unserem Gutachten festgelegt,aber wir haben Veranlassung,ihn nochmals ganz besonders zu betonen.

Den Finanzkrach in St.Jngbert bedauern wir außerordentlich. Bevor die Untersuchung abgeschlossen ist, müssen wir uns eines Urteils darüber enthalten, wen die Schuld an den Verfehlungen, die dort vorgekommen sind,trifft. Jedenfalls möchten wir ganz unabhängig davon fordern, daß die Regierungskommission möglichst bald ihr Sanierungsprogramm bekanntgibt, durch das es der Gemeinde wieder möglich wird,ihre Pflichten gegenüber den Bürgern zu erfüllen.

Den Beitrag der Grubenverwaltung zum Haushalt haben wir schon so häufig moniert, daß ich mich zu diesem Punkte nur ganz kurz zu fassen brauche. Der unglückselige, unmoralische Vertrag, der mit der Grubenverwaltung abgeschlossen wurde,muß unbedingt beseitigt werden. Er ist ja zum Teil gekündigt worden, aber leider nur in Teilbeträgen. Der Vertrag muß nach unserer Ansicht ganz beseitigt werden,weil er eben unmoralisch ist und weil er auch dem Versailler Vertrag widerspricht. Wir fordern in diesem Falle ausdrücklich, daß der Versailler Vertrag gegenüber der Grubenverwaltung durchgeführt wird,denn der Versailler Vertrag sieht die Heranziehung der Grubenverwaltung gemäß ihrem Vermögen zu den örtlichen Lasten vor.

Zum

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Zum Schluß noch etwas über die Anlage der Gelder, die der Regierungskommission zur Verfügung stehen. Wiederholt haben wir die Regierungskommission ersuchen müssen, eine gerechtere und gleichmäßigere Verteilung der Regierungsgelder vorzunehmen. Es geht nicht an, daß diese Gelder nur einzelnen Banken zur Verfügung gestellt werden. Als wir seinerzeit über die Währungsvorlage beraten haben, da haben uns die Herren Labie und Mayer, die damals Vertreter der Regierung waren, alles mögliche versprochen, und zwar im Namen der Regierungskommission. Sie haben uns insbesondere auch versprochen, daß der Geldverkehr einwandfrei und gut funktionieren würde. Leider ist dieses Versprechen der Regierungskommission wie so viele andere nicht gehalten worden. Wir erleben es ständig, daß der Zahlungsverkehr den größten Reibungen ausgesetzt ist. Man hat die Reichsbank ganz unnötigerweise vollständig ausgeschaltet. Wenn irgendwo heute ein größerer Geldbedarf entsteht, so kann er nicht befriedigt werden, weil man den Geldverkehr mehrere Tage vorher anmelden muß, um das Geld an der Banque de France in Saargemünd abzuholen. Wenn die Regierungskommission ihre Gelder schon so anlegt, daß sie kaum Zinsen einbringen, so könnte sie diese Gelder auch der Reichsbank zur Verfügung stellen. Das hätte dann wenigstens den Vorteil, daß der Geld= und Banknotenverkehr nicht in dieser außerordentlichen Weise behindert würde. Über die heute herrschenden Zustände in der Vermögensanlage des Saargebietes muß dasselbe gesagt werden, was ich bereits vorher über die Rechenschaftslegung der Regierungskommission gesagt habe. Gerade eine Völkerbundsregierung, eine Regierung, die vom Völkerbund eingesetzt ist, muß sich bei der Anlage ihrer Gelder von neutralen Gesichtspunkten leiten lassen. Wir haben die Anlage der Regierungsgelder bereits so häufig moniert, daß auch hierin eine Anderung eintreten muß, oder der Völkerbundsrat muß auch mit dieser Angelegenheit befaßt werden.

Die Regierungskommission hat der Landwirtschaft Kredite und zwar zu einem billigen Zinsfuß gegeben. Diese Beträge müssen meiner Ansicht nach unbedingt erhöht werden, denn sie genügen nicht. Diese Kredite sind anscheinend auch äußerst kurzfristig gegeben; sie müssen in langfristige Kredite umgewandelt werden, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Die Kreditnehmer sind ja infolge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage, wie sie im Saargebiet für die Landwirtschaft besteht, gar nicht in der Lage, die Kredite so schnell zurückzuzahlen.

Es liegt dann ferner noch ein Antrag vor von der Zentrumsfraktion auf

<u>bezahlte Ferien für jugendliche Arbeiter</u>.

Der Antrag spricht für sich selbst, sodaß wir ihn nicht besonders zu begründen brauchen.

<u>Desweiteren</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

407

Desweiteren haben wir einen Antrag eingereicht auf

Besetzung der Richterstellen beim Obersten Gerichtshof.

Auch dieser Antrag, daß die Richterstellen in Saarlouis durch deutsche Richter besetzt werden sollen, bedürfte eigentlich keiner besonderen Begründung. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß es für einen ausländischen Richter außerordentlich schwer ist -und der Herr Staatskommissar dürfte da im Herzen sicher beistimmen-, sich hier in ein deutsches Recht einzuarbeiten, und wenn dazu noch sogar Sprachschwierigkeiten kommen, so ist es ihm überhaupt unmöglich. Die Rechtspflege leidet darunter, wenn, wie es bei uns öfters der Fall war, Urteile herauskommen, die juristisch überhaupt nicht haltbar sind.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Die verurteilten die Kommunisten !)

Wir bitten die Regierungskommission nochmals ernsthaft, unsere Anträge anzunehmen, und sie zu erfüllen und auszuführen. Es ist ein Prüfstein für die neuen Mitglieder der Regierungskommission und die Regierungskommission in ihrer Gesamtheit, ob sie würdig ist, den Völkerbund im Saargebiet zu vertreten, und ob der Völkerbund selbst in der Lage ist, hier im Saargebiet seine hohe und erhabene Mission auszuführen.

(Bravo-Rufe des Zentrums.)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Die Regierungskommission hat mich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatskommissars im Landesrat beauftragt. Wenn ich ihrem Ruf gefolgt bin, so geschah es einerseits aus der Überzeugung heraus, hier nicht nur eine Beamtenpflicht, sondern auch eine Pflicht gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen. Ich habe in meiner ganzen Beamtenlaufbahn es stets für meine Pflicht gehalten, den Interessen des Landes zu dienen. Gegenteilige Gerüchte, die über mich in Umlauf gesetzt worden sind, sind unwahr. Ich lege besonderen Wert darauf, bei meinem Eintritt in den Landesrat dies zu betonen.

In sachlicher Hinsicht möchte ich folgendes ausführen:

Es sind mir eine Reihe von Anfragen durch das Büro des Landesrates zugeleitet worden. Ich bin beauftragt, eine allgemeine Erklärung der Regierungskommission über diese Anfragen abzugeben.

Die Regierungskommission teilt mit: Die von den Fraktionen eingebrachten Anträge sind schon, soweit es möglich war, schriftlich beantwortet worden. Die übrigen Anträge werden sobald wie möglich ihre Erledigung finden.

Meine Herren! Ich möchte noch folgendes anführen: Der Regierungskommission stand nur eine sehr kurze Zeit zur Verfügung, um zu ihren Anfragen Stellung zu nehmen. Es fiel auf, nicht nur die Zahl der Anfragen, sondern daß sie zum Teil Gegenstände betrafen, die schriftlich bereits beantwortet sind und die jetzt wiederholt werden. Ich nehme an, daß ich in der nächsten Sitzung des Landesrates in der Lage sein werde, Ihnen eine erschöpfendere Auskunft zu geben. Sie können überzeugt sein, daß die Anträge, die mir zugeleitet sind, bei der Regierungskommission einer ernsten Prüfung unterzogen werden.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg.Reinhard(KP): Meine Herren! Bei Beginn der heutigen Sitzung hat sich gezeigt,daß heute die bürgerlichen Parteien sich schon so stark fühlen,Erklärungen abzugeben einschließlich der Sozialdemokratie,ohne überhaupt die sozialdemokratische Partei gefragt zu haben. Das ist ein charakteristisches Bild dafür,wie weit die Zusammenarbeit heute zwischen diesen Parteien gediehen ist. Ich stelle fest,daß der Herr Hoffmann erklärt hat:"Wenn Sie uns gefragt hätten,hätten wir auch zugestimmt." Wir sehen also,wie weit die Einheitsfront gediehen ist. Zu den Bemerkungen des Herrn Staatskommissars zu den Anfragen der Parteien möchte ich folgendes sagen: Es wird wahrscheinlich so sein wie in der Vergangenheit,daß die Regierung durch den Mund des Staatskommissars uns hier Versprechungen macht und daß es in der Praxis umgekehrt aussieht. Das es wirklich so ist,das zeigt eine heutige Meldung in der Presse,wonach die Angestellten des Saargebietes gestern in einer Massenversammlung zu ihrer erbärmlichen Gehaltsfrage Stellung genommen haben. Bekanntlich hat die Regierung seinerzeit die Tarife gekündigt und nun eine neue Vorlage ausgearbeitet,die natürlich aber so ist,daß die Angestellten einmütig zu der Auffassung gekommen sind,diese Vorlage ablehnen zu müssen. Man sieht also,daß die Regierungskommission dort,wo es wirklich bedürftige Angestellten betrifft,nie Geldmittel zur Verfügung hat,während andererseits für andere Zwecke Millionen vorhanden sind,was ich auch noch in meinen Ausführungen beweisen werde. Im Anschluß an diese Tatsache ist gewiß nicht uninteressant,daß gleichzeitig die Meldung gebracht wird,daß der Prozeß der Saarbeamten auf Gleichstellung mit den übrigen Beamten des Reiches zugunsten der Saarbeamten entschieden worden ist. Diese beiden Meldungen in eine Parallele gebracht, ergeben die Richtigkeit der Behauptung unseres Genossen Daub zu der politischen Resolution der bürgerlichen Parteien. Wir sehen hier einerseits,wie berechtigte Forderungen der Angestellten abgelehnt werden,andererseits wie die Beamten des Saargebietes und speziell die Herren Richter,die oberen Beamten des Saargebietes das arme notleidende Vaterland verklagen,um noch höhere Bezüge herauszuquetschen,während umgekehrt die Angestellten und die unteren Beamten stets bei diesen Fragen die Dummen sind. Und so ist es gewiß richtig,wenn in unserer Erklärung gesagt wurde,daß die Rückgliederung des Saargebietes an's Reich absolut keine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse bringt und bringen kann,umsomehr als dort die 60 stündige Arbeitszeit noch gang und gäbe ist,und wo zur Zeit im Ruhrgebiet die Arbeitgeber zur Aussperrung von tausenden von Arbeitern geschritten sind,um ihnen die Arbeitsbedingungen noch zu verschlechtern. Alles das muß uns als Kommunisten veranlassen,in jeder Beziehung ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien abzulehnen.

Meine Herren! Noch ein Wort zur Lage der

<u>Arbeiterschaft</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7

Arbeiterschaft im Ruhrgebiet. Die Sozialdemokratische Partei und ihre Fraktionsführer haben gerade in dieser Frage immer betont, im Ruhrgebiet herrsche zur Zeit keine Not. Heute bringt die Presse aber eine Meldung aus dem Ruhrgebiet: Die Not der Bergarbeiter" überschrieben, in welcher in einer Eingabe des alten Verbandes gesagt wird, daß wöchentlich im Durchschnitt hunderttausend Feierschichten im Ruhrgebiet zu verzeichnen sind und daß vom Wohlfahrtsministerium unbedingt sofort helfend eingegriffen werden müsse. Also wir sehen, die Not der Arbeiterbevölkerung im Reiche ist gerade so groß wie an der Saar.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, möchte ich zu dem Etat der Regierungskommission Stellung nehmen.

Merkwürdig ist, daß nur einmal seit Bestehen der Regierungskommission ein wirklicher Rechnungsabschluß vorgelegt wurde, und zwar ein Rechnungsabschluß für das Jahr 1925. Für alle die anderen Jahre hat man sich geweigert, uns einen Rechnungsabschluß vorzulegen. Man gibt uns alljährlich, so ziemlich am Ende des Jahres den Haushaltplan, in dem dieses Jahr 450 Millionen Franken in Ein-und Ausgaben eingesetzt sind. Ob je diese Millionen in dieser Höhe hereingebracht werden, wie sie verbraucht werden, ob mehr oder weniger hereinkommt, das kann niemand im Landesrat, offiziell, betone ich ausdrücklich, feststellen. Wenn aber die bürgerlichen Parteien hierher treten und auch an diesen Maßnahmen der Regierung Kritik üben, so ist das nur eine Scheinkritik, die nach außen hin gilt. Sie wollen damit sagen, daß sie ebenfalls mit diesen Maßnahmen der Regierung nicht einverstanden seien. In Wirklichkeit haben sie ihre Minister und Beamten in der Regierung sitzen und bearbeiten diesen Etat mit, sie sind es also, die über Einnahmen und Ausgaben bestimmen. Sie haben ihre Beamte in der Regierung und sie sind deshalb auch mit verantwortlich an der wirtschaftlichen Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung des Saargebietes. Wenn Sie hierher kommen und das Gegenteil sagen, dann verweisen wir darauf, daß Sie in der Vergangenheit stets alle Mißtrauensanträge der Kommunisten gegen die Regierung abgelehnt haben.

Nun zur Frage der Einnahmen, wie sie im Etat hier verankert sind. Dazu glaube ich, ist es notwendig einmal zu untersuchen, wie so und warum eine Erhöhung der Einnahmen um 50 Millionen Franken für dieses Etats-Jahr eingesetzt ist. Ich glaube, daß jeder von Ihnen, meine Herren, bei einer objektiven Prüfung des Etats gefunden hat, daß diese 50 Millionen Franken eingesetzt wurden aus Steuermitteln, die aus den Konsumenten und den Werktätigen herausgeholt werden. So sind allein an Einnahmen eingesetzt 100 Millionen Franken aus Zöllen, im vergangenen Jahr 70 Millionen Franken. Wir müssen dabei untersuchen, wer diese

<u>Zölle</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Zölle zu zahlen hat, ob die gesamte Bevölkerung des Saargebietes an diesen Zöllen mit herangezogen wird, oder ob Kreise vorhanden sind,die es verstehen,sich dabei herumdrücken und da ist es schon so, daß die Zölle nicht erlassen sind bei einer indirekten Besteuerung aller derjenigen Waren, die die werktätige Bevölkerung des Saargebietes kaufen muß,um leben zu können,während auf der anderen Seite schon all die Jahre die Großindustrie durch Zollstundungen von diesen Zöllen verschont wurde und nachträglich durch Verträge sich gänzlich diese Zölle abzuwälzen verstand. Ganz genau so liegen die Dinge bei der direkten Besteuerung. Wir sehen dort,daß bei der Frage der indirekten Besteuerung alle lebensnotwendigen Waren, die die Arbeiterschaft des Saargebietes kaufen muß, immer mehr belastet werden und belastet wird durch eine Umsatzsteuer,in einer Höhe,wie wir sie vielleicht nirgends wo anders in anderen kapitalistischen Ländern haben. Die Forderung des Landesrates,diese Umsatzsteuer abzubauen,wurde bisher einfach von der Regierungskommission nicht akzeptiert. Der frühere Staatskommissar hat uns Erklärungen abgegeben,wie der heutige Staatskommissar Kuchenbecker. Im übrigen ist es beim Alten geblieben. Die Steuern sind genau so geblieben,wie sie in der Vergangenheit waren.

Zur direkten Besteuerung! Hier steht fest im Haushaltplan,daß auch hier bei der direkten Besteurung die Besteuerung von Löhnen und Gehältern und die Besteuerung der Kleingewerbetreibenden dauernd im Ansteigen begriffen ist. Wenn ein Zweifel darüber herrschen könnte,dann hat uns der Rechnungsabschluß von 1925 das treffend gekennzeichnet. Daraus konnten wir ersehen,daß die tatsächlichen Einnahmen aus der Einkommensbesteuerung mehrere Millionen höher waren,wie der Voranschlag vorsah,während z.B. die tatsächlichen Einnahmen aus der Vermögenssteuer kaum ein Drittel des Voranschlages betrugen. Das ist ein krasses Beispiel dafür, in welcher Linie sich die Steuerpolitik der Regierungskommission,für die die bürgerlichen Parteien,wie ich schon angeführt habe,verantwortlich sind,bewegt. Wenn der Sprecher des Zentrums heute sagt, wir haben damals,als wir diese Steuergesetze bewilligten,ganz andere Voraussetzungen gehabt,so ist das gewiß nicht stichhaltig. Schon damals bei der gesamten Umänderung der Steuergesetze des Saargebietes haben wir als Fraktion klar und deutlich gesagt,wie sich diese Gesetze gegenüber der werktätigen Bevölkerung auswirken müssen. All diese Fragen, wenn man sie nun heute in der Praxis vor sich sieht und wenn einmal untersucht wird,was mit den Steuermitteln geschieht,dann stellt man fest,auf der einen Seite Herausziehung der Mittel aus der werktätigen Bevölkerung,auf der anderen Seite Ausgabe dieser Mittel zur Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung. Ich brauche da nur auf den Etat der Polizeiverwaltung,

der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

der Justiz und der Zentralverwaltung einzugehen und auf der anderen Seite auf eine ganze Reihe einzelner Etats, die ich noch besonders behandeln werde. Vorausschicken will ich dazu, daß es nicht von ungefähr ist, daß im Etat auch eine Summe von 50 000 Franken zur Förderung des Völkerbundsgedankens eingesetzt ist.

(Zuruf des Abg. Weiß: Hat man da noch Worte!)

Meine Herren! Was will die Regierungskommission mit den 50 000 Franken zur Förderung des Völkerbundsgedankens im Saargebiet? Gehen Sie einmal hinaus zur Arbeiterschaft und fragen Sie einmal die über die Meinung zum Völkerbund. Wer ist verantwortlich für die Taten der Regierung, der Völkerbund, wer setzt die Regierung alljährlich ein, der Völkerbund. Und Sie dulden stillschweigend ohne ein Wort der Kritik, daß die Steuergroschen der Arbeiterschaft verwandt werden, um die Arbeiter dazu zu erziehen, in dem Völkerbund den liebevollen Vater der Saarbevölkerung zu erblicken. Wer aber der Völkerbund in Wirklichkeit ist, haben wir schon oft ausgesprochen. Treffender konnte man es nicht illustrieren wie die Regierungskommission in ihrer kleinen Broschüre an die Volksschullehrer, in welcher ein Abschnitt sagt:

> "Ein Mandatsgebiet des Völkerbundes ist zu vergleichen mit der Stellung eines Menschen unter Vormundschaft."

Man kann also das Saargebiet als ein unmündiges Kind, das unter Vormundschaft des Völkerbundes steht, betrachten. Um das der Arbeiterschaft begreiflich zu machen, werden 50 000.-Franken eingesetzt. Frecher und zynischer hat man noch nie eine Arbeiterklasse verhöhnt.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr richtig!)

Der Kritiker der Zentrumspartei hat geglaubt, daß 200 000 Franken für den Bahnschutz eingesetzt wurden, was nicht nötig sei. Ich muß daran erinnern, daß Ihre Delegation in Genf mit der Einrichtung dieser Bahnschutztruppe sich einverstanden erklärt hat. Ihre Delegation war es, die ihre Zustimmung dazu gegeben hat.

(Zuruf des Abg. Becker: Das ist unwahr!)

Wenn Sie das bestreiten, dann hat Ihre Delegation falsche Berichte in die Presse gegeben.

(Zuruf des Abg. Becker: Haben Sie von unserer Protestversammlung nichts gehört ?)

Sie haben zugestimmt, und ich werde Ihnen in der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

413

nächsten Sitzung die Berichte der Presse unterbreiten.

Zur Frage der Polizei, Landjägerkorps und Justiz allge mein, brauchen wir als Kommunisten keine besonderen Ausführungen zu machen. Wenn Herr Becker meint, einen Antrag einreichen zu müssen, daß in Zukunft alle freiwerdenden Richte rstellen mit deutschen Richtern zu besetzen sind, dann sage ich Ihnen, gehen Sie ins Reich und schauen Sie sich die Klassenurteile an, die von deutschen Richtern gegen deutsche Arbeiter gefällt werden.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr gut!)

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Sender hat ebenfalls schon gegen diese Klassenurteile im Reiche hinweisen müssen. Also von der Sozialdemokratie wurde das zugegeben. Daß diese Klassenjustiz auch im Saargebiet besteht, haben wir Kommunisten am eigenen Leibe verspüren müssen, und haben festgestellt, daß deutsche und "teutsche" Richter in der Verurteilung von Arbeitern, von Bergarbeitern, die gegen die Bergwerksverwaltungen demonstrierten, noch viel schlimmer waren als die sogenannten neutralen Richter des Obersten Gerichtshofes. Uns kann es schließlich gleich sein, ob deutsche oder französische Klassen richter Arbeiter hier ins Gefängnis schicken, weil beide Richter mit Zähnen und Nägel das jetzt bestehende System verteidigen. Sie stehen auf dem Boden des Völkerbundes und fällen ihre Urteile im Namen der Regierungskommission, die vom Völkerbund eingesetzt wurde. Hieran anschließend ist es notwendig, die Verhältnisse der Zentrumspartei, die innige Verbindung, die sie mit der Regierungskommission hat, herauszuschälen.

Im Etat des Saargebietes sind insgesamt 12 Millionen für die Kultusgemeinden des Saargebietes eingesetzt. Ich glaube, daß das Saargebiet nebst Bayern, das reaktionärste Land in dieser Beziehung ist. Für den katholischen Kultus sind 7 1/4 Millionen Franken eingesetzt, wovon rund 7 Millionen für Besoldungen der Geistlichkeit dienen. Meine Herren, auf der anderen Seite fließen 1/11 aller Steuereingänge in den unergründlichen Sack der katholischen Kirche, der nicht voll wird und außerdem noch der Betrag aus dem Budget des Saargebietes zur Bezahlung der Gehälter. Und weil das noch nicht genug war, hat man im verflossenen Jahre, als man das Existenzminimum zahlenmäßig erhöhte, in der Einkommenbesteuerung gleich von Seiten der Geistlichkeit sich dagegen gewehrt und gesagt: wir kommen dann mit unserem Etat nicht aus, wir verlangen einen höheren Anteil noch für die Kirche. Die Regierung, die ja so innige Verbindungen mit der Zentrumspartei hat, hat sofort dem stattgegeben, und es erscheint schon 2 Jahre im Haushaltplan ein besonderer Posten von 1 400 000 Fr. für die Religionsgemeinschaften wegen angeblichem Lohnsteuerausfall. Meine Herren! Wenn Sie den Etat sehen, dann finden Sie, daß kein Lohnsteuerausfall vorhanden ist, sondern das Gegenteil ist eingetreten.

Es

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Es sind noch mehr Lohnsteuereinnahmen vorhanden, wie in den vorigen Jahren. Die Zentrumspartei hat also hier in dieser Linie erneut 1 400 000 Franken für die Religionsgemeinschaften herausgeschlagen. Aber es sind noch eine ganze Reihe anderer Summen in dieser Linie eingesetzt. So erscheinen Zuwendungen für das Bistum Speyer, für das Bistum Trier usw. Wir wehren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß man aus allgemeinen Steuermitteln der Arbeiterklasse des Saargebietes diese Organisationen, die nur im Interesse des Kapitalismus

(Zurufe der Kommunisten Sehr gut!)

Dienste verrichten, auch noch so ausgiebig unterstützt, ich muß sagen: im Saargebiet großfüttert. Es gibt kein Dorf im Saargebiet, wo heute nicht Kirchen gebaut werden

(Zuruf des Abg. Kiefer: Bravo!)

und es gibt kein Dorf im Saargebiet, wo die Arbeiter ausreichende Wohnungen haben. So liegt die Politik heute bei der Zentrumspartei. Sie, vom Zentrum, wollen doch nicht hierher kommen und die Verantwortung für die Politik ablehnen! Wenn dann geredet wird immer von der hohen Besteue rung, wenn man sich immer darüber beschwert, zum Schein in der Presse über diese Steuern, dann soll man auch einmal der Arbeiterschaft ganz offen sagen, wie die Gehälter der Herren Geistlichen aussehen. Ich kann mich entsinnen, daß seinerzeit der Herr Pfarrer Wilhelm hierher getreten ist und eine Lohnforderung für die Geistlichen vertreten hat.

(Lachen beim Zentrum!)

Damals wurden sie besoldet in Gruppe XIV, die Regierung hat dieser Forderung sofort stattgegeben und sie in Gruppe XVI eingereiht.

(Zuruf der Kommunisten: Sie leisten gute Dienste dafür!)

Man sieht, daß gerade in dieser Linie ein inniges Verhältnis zwischen Regierungskommission und Zentrumspartei und schwarzer Polizei besteht.

(Zuruf des Abg. Daub: Sehr richtig!)

Und wenn wir gerade diese Mißstände hier feststellen müssen, dann müssen wir auch einmal genau untersuchen den besonderen Etat des Herrn Koßmann, des Ministers der Zentrumspartei, ich muß sagen, des Ministers der gesamten bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie,

(Lachen beim Zentrum)

<u>denn</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

denn sie haben bisher in Genf ihre Zustimmung gegeben, daß Herr Koßmann als Minister hier in der Regierungskommission arbeitet. Da stellen wir fest, daß in diesem Etat 5 Millionen Franken für minderbemittelte und Notleidende im vergangenen Jahre eingesetzt gewesen sind. In diesem Jahre ist diese Summe auf 4 Millionen Franken herabgesetzt worden. Vielleicht ist der Herr Staatskommissar nachher so freundlich und legt uns einmal aus, inwiefern heute die Notlage im Saargebiet sich behoben hat, inwiefern es heute nicht mehr notwendig ist, statt 5 Millionen nur mehr 4 Millionen einzusetzen. Aber das ist noch nicht einmal das Entscheidende. Wir wissen ja gar nicht, was mit diesen Geldern geschieht, absolut nicht. Wir haben keine Kontrolle darüber, wo die Gelder eigentlich hinfließen. Wenn dann in demselben Etat als Unterhaltungskosten für Fürsorge-und Zwangserziehung 6 1/2 Millionen eingesetzt sind, so ist das ebenfalls eine Summe, die wirklich in ein Märchenbuch hineingehört. Denn soviel können wir feststellen, daß 6 1/2 Million en Franken für die Fürsorge zöglinge des Saargebietes nie und nimmer ausgegeben werden. Wir möchten einmal Klarheit darüber haben und Auskunft von Herrn Minister Koßmann. Er soll einmal hierhertreten, in das Haus und dem Landesrat darüber Auskunft geben, was mit diesen 6 1/2 Millionen Franken geschieht. Wir konnten in der Vergangenheit schon sehr oft darauf hinweisen, wie die Zöglinge des Saargebietes durch die jetzige Erziehungsmethode geradezu zu Verbrechern erzogen werden. Ich kann Ihnen versichern, meine Herren, wenn wir eine Statistik der Gefängnisverwaltung hier hätten, dann müßten Sie daraus ersehen, daß diese Behauptung unsererseits nicht zu kraß aufgestellt ist. Und warum sind es gerade die Fürsorgezöglinge, die fast bis zu 90 % zu kriminellen Verbrechern werden? Anstatt daß man diese jungen Leute auch wirklich erziehen würde,

(Zurufe der Kommunisten: Die Vorschule für das Zuchthaus!)

da werden sie täglich in unmenschlicher Weise an den Arbeitskarren gespannt, sie müssen arbeiten bis zum Zusammenbrechen und bekommen dafür die Bibel und die Peitsche als Nahrungsmittel. Das sind die Zustände, im allgemeinen gesehen, in den Fürsorgeerziehungsstätten der herrschenden Klasse von heute. Ich selbst konnte mich in der Zeit meiner Inhaftierung im Gefängnis Lerchesflur davon überzeugen, wie groß die Anzahl der inhaftierten Fürsorgezöglinge ist. Und wenn schon 6 1/2 Millionen Franken hier im Etat verankert sind, dann müßten diese Gelder aber auch wirklich angewandt werden, um aus diesen jungen Menschen brauchbare Menschen zu erziehen und im Einverständnis mit der Kommunistischen Partei eine bessere Gesellschaftsordnung zu erkämpfen.

Nun

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

416

Nun möchte ich auch einige Feststellungen zu diesem Etat machen. Hier sind nämlich 150 000 Franken für Jugendwohlfahrt eingesetzt. Auch hier haben wir keinerlei Unterlagen dafür, was mit diesen Geldern geschieht. Wir haben lediglich im Saargebiet festgestellt, daß die sogenannten Wohlfahrtsorganisationen bei Verteilung ihrer Mittel nicht von dem Gesichtspunkte der Not ausgehen, sondern daß diese Wohlfahrtsorganisationen jeweilig ihrer politischen Einstellung nach die Unterstützung en gewähren. So wird uns immer wieder berichtet, daß der Caritaverband nur dort Unterstützungen hingibt, wo auch tüchtig gebetet wird, während die Sozialdemokratie in der Arbeiterwohlfahrt Richtlinien herausgegeben hat, ja keinen kommunistischen Arbeiter zu unterstützen.

(Lachen)

Andererseits steht doch fest, daß diese Wohlfahrtsorganisationen ihre Mittel zum Teil auch aus dem Budget des Landes beziehen, und wir fordern hier, daß in Zukunft bei Verteilung dieser Mittel auch der kommunistische Jugendverband herangezogen wird. Wenn schon Mittel eingesetzt sind für die Jugendwohlfahrt des Saargebietes, dann müssen sie aber auch so verteilt werden, daß alle Kreise dabei berücksichtigt werden.

Der Etat der Erwerbslosen ist nach meiner Meinung auch ein ganz besonderes Kapitel. Der Herr Vorredner hat ja auch schon einige Worte dazu gesagt. Ich muß schon sagen, es ist so: Wenn man die Summe von 6 1/2 Millionen Franken umrechnet oder umlegt auf 4000 Erwerbslose pro Monat des Saargebietes, wobei ich bemerke, daß diese Zahl sehr gering gegriffen ist, dann ergibt sich pro Kopf an Unterstützung für die Erwerbslosen ein Betrag von 119 Franken im Monat. Also ganze 119 Franken pro Monat bekommt ein Erwerbsloser im Saargebiet, und damit soll er mit seiner Familie leben können.

(Zurufe der Kommunisten: 4000 Erwerbslose haben nicht soviel wie ein Minister!)

Richtig! Ich möchte aber dazu noch einige Anträge stellen. Auch ist dieser Antrag zugegangen, den der Herr Vorredner schon behandelte. Im allgemeinen unterstützen wir diesen Antrag. Wir legen aber außerdem einen Antrag vor, der auch die praktische Handhabe gibt, um die Forderung der Erwerbslosen durchführen zu können. Der Antrag lautet:

"Der Landesrat möge beschließen: Die Regierungskommission wird ersucht, die Bezüge der Erwerbslosenfürsorge rückwirkend ab 1. Oktober des Jahres um 50 % zu erhöhen. Darüber hinaus sind den Gemeinden unverzüglich die längst versprochenen Mittel zur Durchführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge zuzuweisen.

Die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 1

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7

Die im Etat eingesetzte Summe von 6 1/2 Millionen Franken für Erwerbslosenfürsorge ist auf 20 Millionen zu erhöhen."

Wir sind der Auffassung,daß dieser Antrag um so berechtigter ist,als ja nun das sogenannte Fest der Liebe vor der Tür steht,und ich glaube,daß deshalb auch die bürgerlichen Parteien sich unbedingt in dieser Linie für die Erwerbslosen einsetzen müßten. Ich betone ausdrücklich: müßten! Zu diesem Kapitel der Erwerbslosen muß natürlich festgestellt werden: Es ist ein schreiendes Unrecht,wenn auf der anderen Seite im Verlauf dieses Etatsjahres viele Millionen zur Erhöhung der oberen Beamtengehälter hinausgeworfen wurden. Die Gehaltsnachzahlungen haben nach unserer Berechnung ergeben,daß 80 % der aufgewandten Mittel in die Taschen der oberen Beamten flossen. Und es ist auch deshalb zu verstehen,wenn die Regierungskommission sich hier weigert,Auskunft zu geben auf unsere Anfrage, aus welchem Grunde sie beim Völkerbund eine Erhöhung der Bezüge für die Minister angefordert hat. Mit der allgemeinen Feld-,Wald- und Wiesenerklärung,die der Herr Staatskommissar gegeben hat,können wir uns in dieser Hinsicht absolut nicht einverstanden erklären.

Abschließend zum Etat muß noch festgestellt werden,daß auch der Etat der Eisenbahn uns sonderbar berührt,wenn auf der einen Seite 107 Millionen Franken für die Beamten zu Besoldungszwecken eingesetzt sind,und auf der anderen Seite für die Angestellten und Arbeiter nur 33 Millionen. Wir haben auch darüber Auskunft von der Regierungskommission verlangt, um feststellen zu können,wie die Verteilung dieser Gelder vor sich geht.

Im Anschluß zu dieser Kritik des Etats haben wir eine ganze Reihe von Anträgen vorgelegt. Die Anträge umfassen einerseits Forderungen in steuerlicher Hinsicht,andererseits Forderungen für die Erwerbslosen,die ich schon hier vorgetragen habe. Wir haben u.a. einen Antrag eingebracht,der die Wiedereinführung der besonderen Gewerbesteuer beantragt. Es wird Ihnen bekannt sein,daß die besondere Gewerbesteuer seinerzeit hier abgebaut wurde,als man das jetzige Steuersystem eingeführt hat. Es wird aber nicht allgemein bekannt sein,was die besondere Gewerbesteuer eigentlich für das Saargebiet bedeutet hat. Die besondere Gewerbesteuer war nur ein Gesetz für die Kommunen. Auf Grund dieses Gesetzes hatten die Kommunen das Recht,die Großbetriebe in ihrem Bereiche zu einer besonderen Steuerleistung heranzuziehen. Insbesondere sind darunter gefallen die Bergwerksverwaltung und die übrigen Großbetriebe. Unser Antrag dazu hat folgenden Wortlaut:

" Der Landesrat möge beschließen:
Die Regierungskommission wird ersucht, baldigst eine Gesetzesvorlage zur Wiedereinführung der besonderen Gewerbesteuer vorzulegen.

Die Wiedereinführung dieses Gesetzes soll den Gemeinden des Saargebietes die Möglichkeit geben, die Gruben und Großbetriebe selbständig durch Besteuerung zu erfassen. Die Forderung ist um so berechtigter, als selbst bürgerliche Verwaltungsbeamte mehrfach nachgewiesen haben, daß die Großindustrie und Grubenverwaltung nur noch einen Bruchteil derjenigen Steuern zahlen, wie in der Vorkriegszeit, während umgekehrt die Lohn-und Gehaltssteuerpflichtigen und die Kleingewerbetreibenden bis zu 300 % höher belastet sind, wie in der Vorkriegszeit."

Vorsitzender: Herr Reinhard, ich darf vielleicht darauf verweisen: wir haben die sämtlichen Anträge den einzelnen Mitgliedern und der Presse zugestellt; sie sind also bekannt. Ich möchte im allgemeinen darauf aufmerksam machen, daß sich dabei schließlich nicht vermeiden läßt, die Anträge besonders zu verlesen. Ich stelle das nur anheim.

Abg. Reinhard (KP) fortfahrend: Ich bin schon der Auffassung, daß man bei den Anträgen auch gleichzeitig eine Begründung dazu geben muß, weil bei einer Reihe von Anträgen von uns diese schriftliche Begründung nicht gegeben ist. Wir haben derselben Linie folgend, den Gemeinden unbedingt die notwendigen Steuermittel zu geben, einen weiteren Antrag eingereicht, der folgenden Wortlaut hat:

" Der Landesrat möge beschließen: Die Regierungskommission wird beauftragt, auf dem schnellsten Wege ein Abkommen mit der französischen Regierung herbeizuführen, um die französischen Kohlengesellschaften de Wendel und Saar et Mosel zur Steuerleistung an die Bürgermeisterei Ludweiler zu verpflichten.

Bekanntlich haben diese beiden Kohlengesellschaften das Ausbeutungsrecht desjenigen Teiles des Saarkohlenfeldes, das unter den Warndtdörfern liegt, von dem französischen Staat im Einverständnis der Regierungskommission erhalten. Außerdem hat die Regierungskommission auf dem Verordnungswege die im Saargebiet geltenden Berggesetze für dieses Gebiet, das z.Zt. von der französischen Grenze aus abgebaut wird, in Kraft gesetzt, dagegen hat die Regierung aber nichts unternommen, um diesen Gemeinden die zustehenden Steuern von den geförderten Kohlenmengen zu sichern."

Meine

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 1

Meine Herren! Man kann jetzt täglich gerade in dieser Frage Abhandlungen in allen Tageszeitungen lesen. Man kann überall feststellen,daß über die Unterdrückung und die wirtschaftliche Ausbeutung der Warndtdörfer gejammert wird. Wir zeigen Ihnen mit unserem Antrag hier einen praktischen Weg,um diesen Warndtdörfern,die nur aus Arbeitern bestehen,auch wenigstens die Steuermittel zufließen zu lassen,die ihnen unbedingt zustehen. Nach dem bestehenden Gesetz des Saargebietes oder vielmehr Preußens,das hier im Saargebiet ja Gesetzeskraft hat,bekommen die Gemeinden nur dann Steuern,wenn Schachtöffnungen auf ihrem Grund und Boden vorhanden sind. Hier bedarf es deshalb einer besonderen Regelung, um die Gemeinden in den Besitz dieser Steuern zu bringen. Hinzu kommt noch,daß darüber hinaus auch der Steueranteil an das Budget des Saargebietes von diesen Kohlengesellschaften zu zahlen ist. Ich habe einwandfreies Material vor mir liegen,nach welchem die geförderte Tonnenzahl andauernd im Steigen begriffen ist, ein Beweis,daß gerade die französischen Kohlengesellschaften die jetzige Situation ausnützen,um möglichst große Profite,ohne davon Steuern zahlen zu müssen, herauswirtschaften.

Wir haben außerdem zur Einkommensteuer einige Anträge vorgelegt. Die Anträge bezwecken,das Existenzminimum,das heute viel zu gering ist,zu erhöhen; sie bezwecken ferner,endlich die Pensions-und Unfallrenten von der Besteuerung freizulassen.

" Der Landesrat möge beschließen:
Die <u>Besteuerung von Lohn und Gehalt,</u> wie sie in der Einkommensteuergesetzgebung verankert ist, ist aufzuheben.
(Das ist unser grundsätzlicher Antrag immer schon gewesen).
Bei Ablehnung dieses Antrages beantragen wir:
Die im § 57 eingesetzten Zahlen betr. die Werbungskosten um 100 % zu erhöhen. Diese Erhöhung soll auch die Zahlen für die Familienangehörigen umfassen."

Meine Herren! Bei Annahme dieses Antrages würde das Existenzminimum auf 9000 Franken für einen Arbeiter sich belaufen. Wenn bei zahlenmäßiger Umrechnung das Existenzminimum bei Übernahme des deutschen Gesetzes 7200 Franken betragen würde und gleichzeitig berücksichtigt werden muß,daß dieses Existenzminimum zweifellos viel zu niedrig ist, ist nach unserer Auffassung die Annahme unseres Antrages dasjenige,was einigermaßen die Gewähr geben würde,daß die Ärmsten der Armen nicht auch noch von ihren Hungergroschen Steuern zahlen müßten. Außerdem beantragen wir:

<u>Das</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

"Das im letzten Absatz des § 57 eingesetzte Existenzminimum ist von 1000 auf 3000 Franken zu erhöhen.

In § 5 Absatz 2 sind außer der Kranken-, Alters-und Invalidenversicherung auch die Bezüge aus Knappschaftsversicherungen und der Unfallversicherung einzusetzen.

Im § 7 sind die Abzüge wegen des Existenzminimums ebenfalls um 100 % zu erhöhen."

Diese Anträge sind eigentlich Ergänzungsanträge zu unserem ersten Antrage.

" Bei der Verteilung der Einkommensteuer möge der Landesrat beschließen: Den Steueranteil für die Kultusgemeinden zu streichen und die gesamten Steuern den Gemeinden des Saargebietes zuzuweisen.

Alle im Haushaltplan eingesetzten Zuwendungen an Kultusgemeinden sowie an das Bistum Speyer und Trier sind zu streichen."

Der Landesrat möge beschließen: Die Regierungskommission wird ersucht, die Besteuerung der französischen Bergwerksverwaltung endlich so zu erhöhen,daß die Gemeinden in die Lage versetzt werden können,ihre kulturellen und sozialen Aufgaben durchzuführen. Zu diesem Zwecke muß außerdem eine anderweitige Verteilung der Grubensteuer durchgeführt werden."

Der Landesrat möge beschließen: Der von der Regierungskommission außer Kraft gesetzte § 53 der Kommunalabgabenordnung ist wieder einzusetzen, um damit die Verteilung der Steuern zwischen Industrie und Landgemeinden zu ermöglichen."

Wie aus diesem letzten Antrag zu ersehen ist, ist dieser Antrag ebenfalls ein Ergänzungsantrag zu der Forderung auf anderweitige Verteilung der eingehenden Steuermittel. Die Wiedereinführung dieses Paragraphen oder die Einführung des § 53 des deutschen Reichsabgabengesetzes ist die einzige Handhabe,um im Saargebiet den Arbeitergemeinden,den sogenannten Landgemeinden, die notwendigen Steuermittel zu geben,um ihre sozialen und kulturellen Einrichtungen aus-und aufbauen zu können. Wir glauben deshalb,besonders darauf hinweisen zu müssen, daß gerade in dieser Linie unbedingt etwas getan werden muß. Die Steuern,die im Saargebiet aufgebracht werden, müssen unbedingt auch wieder der Arbeiterbevölkerung des Saargebietes zugeführt werden. Wir wissen aber,daß sowohl die heutige Regierung, wie auch ihre Vertreter,

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

die bürgerlichen Parteien der imperialistischen Staaten und auch des Saargebietes, diese unsere Forderung nicht akzeptieren können. Sie stehen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, sie müssen also die Interessen der herrschenden Klasse gegen die Interessen der unterdrückten Klasse vertreten. Das alles zwingt uns als Kommunisten, unentwegt unseren Kampf auch mit außerparlamentarischen Mitteln zur Durchsetzung auch dieser Forderungen, die im Interesse der werktätigen Linie liegen, fortzuführen.

(Bravo-Rufe der Kommunisten!)

Vorsitzender: Die Äußerungen „frech und zynisch", die der Herr Abgeordnete Reinhard in seinen Ausführungen gegen die Regierungskommission gebraucht hat, muß ich zurückweisen.

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Reinhard ist in seiner Rede vorhin weit über das Maß des Zulässigen hinausgegangen. Ich muß seine Vorwürfe, die er der Regierungskommission gemacht hat, sowohl der Form wie dem Inhalt nach, als unangebracht und unbegründet zurückweisen. Die Vorwürfe richten sich nicht nur gegen die Regierungskommission, sondern gegen die Beamten und die Einrichtungen der Regierung. Es ist gesagt worden, daß die Regierung die Gelder zum Nachteil der Arbeiterschaft verschleudere und daß Kirchen aus öffentlichen Geldern gebaut werden. Dagegen kann ich sagen, daß die Kirchen aus dem Baufonds zu kirchlichen Zwecken und aus freiwilligen Beiträgen gebaut werden. Im Budget sind nur 180 000 Franken als Beihilfen für Kirchen und Pfarrhausbauten vorgesehen. Damit können Sie noch nicht einmal eine kleinbürgerliche Wohnung bauen.

Was die Ausführungen gegen den Richterstand anlangt, möchte ich betonen, daß der Richterstand des Saargebietes nach meiner Kenntnis der Verhältnisse, stets bemüht ist, seine Urteile unparteiisch zu fällen.

(Lachen bei den Kommunisten)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser!

Abg. Lieser (SP): Meine Herren! Nur ein Wort zu der Erklärung des Zentrums. Unsere Horchposten von der Kommunistischen Partei scheinen schlecht gehorcht zu haben. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir grundsätzlich mit einer gemeinsamen Erklärung einverstanden sind dort, wo wir Gelegenheit haben mitzuwirken, daß die Erklärung in unserem Sinne ausfällt. Nur das eine Wort zu der Erklärung des Zentrums.

Ich möchte keine große Reise unternehmen, sondern gleich eingehen auf das, was das Saargebiet und seinen Haushalt betrifft. Der Haushaltplan des Saargebietes ist jetzt erst herausgegeben worden. Daß bei der Regierungskommission zwei Sitzungen notwendig waren, beweist, daß auch sie selbst ihre Sorge damit hatte. Der Haushaltplan ist wieder ohne Mitwirkung der Bevölkerung aufgestellt worden. Wir müssen deshalb erneut fordern, daß der Landesrat auf den Haushalt Einfluß bekommt. Hätte der Landesrat daran mitgewirkt, so wäre er in mancher Position anders ausgefallen. Wenigstens wäre in den einzelnen Positionen mehr Klarheit. Der Haushalt schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 455 Millionen Franken. Das ist pro Kopf der Bevölkerung des Saargebietes 600 Franken. Das ist zunächst ein Zeichen, daß wir es mit einer recht teuren Geschichte zu tun haben. Gegen das Vorjahr ist ein Mehr von rund 52 Millionen Franken oder rund 13 % festgestellt. Aus den einzelnen Positionen ist zu ersehen, daß nur 5 Positionen mit Mehreinnahmen zu verzeichnen sind, und zwar Forstverwaltung, direkte- und indirekte Steuer, Zölle, Post- und Telegraphenverwaltung. Dazu können wir auch hier feststellen, daß der Haushalt etwas frisiert ist. In der Position

<u>allgemeine Finanzverwaltung</u>

finden wir die vierte Rate für den Postamtsneubau in Saarbrücken mit 6 Millionen Franken eingesetzt. Nach unserer Meinung gehört diese Summe in die Position Postverwaltung, sodaß auch dort kein Überschuß oder der Überschuß mit 470 Franken tatsächlich nicht vorhanden ist, sondern daß auch die Postverwaltung ein Defizit von 6 Millionen minus 470 Franken hat.

Bei den übrigbleibendeh Positionen sehen wir im

<u>Forsttetat</u>,

daß die Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahre abgenommen haben. Man findet dort höhere Ausgaben, trotzdem die Klagen der Waldarbeiter und Waldarbeiterinnen über schlechte Bezahlung nicht verstummen wollen. Ein Vergleich über die Höhe der Arbeiterlöhne gegenüber dem Vorjahre ist nicht möglich, <u>weil</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

weil diese Summen mit anderen versteckt und nicht ausgeschieden sind.

Was die einzelnen Positionen der Regierungskommission betrifft, so sehen wir, daß im Saargebiet ein recht teurer Verwaltungsapparat vorhanden ist. Man kann sehr schlecht verstehen, daß da, wo das Bestreben vorhanden ist, zugunsten der deutschen und der ausländischen Unternehmer den Lohn der Arbeiter und das Gehalt der kleinen Beamten und Angestellten immer wieder niedrig zu halten, die Mitglieder der Regierungskommission, die dieses Bestreben unterstützen, nach einer Zeitungsmeldung hingehen und eine Gehaltserhöhung von 60 % fordern. Da muß man sich fragen, ist bei den Ministergehältern keine Rücksicht zu nehmen auf die Lage der Industrie, wie uns das immer so schön gesagt wird? Sind in der Industrie für die hohen Beamten derartige Gehälter maßgebend, so wäre das ein Beweis, daß dort gespart werden könnte zugunsten der Arbeiter. Diese Absicht zu sparen muß auch auf die Regierungskommission übertragen werden. Deshalb wenden wir uns dagegen, daß die Ministergehälter in der angedeuteten ungewöhnlichen Weise erhöht werden sollen.

(Zuruf des Abg. Weiß: 180 000 Mark bekommt der Direktor beim Stahlwerksverband.)

Dazu kommen 14 Millionen Franken Mehrausgaben der

Zentralverwaltung.

Auch hier sind wir der Meinung, daß durch eine Vereinfachung mehr gespart werden könnte. Der Versuch hierzu wird scheinbar unternommen, und zwar in Titel 17, Autodienst. Dort wurde der Betrag von 578 000 Franken auf 503 000 Franken verringert. Aber immerhin wird noch eine halbe Million für den Autodienst ausgegeben, eine Summe, die mit der vielgepriesenen Sparsamkeit, die allerdings für andere gepredigt wird, nicht gut in Einklang zu bringen ist.

Bei der Positicn

Verwaltung des Innern

finden wir die Verwaltungskosten des Wohnungsbauverbandes mit 116 000 Franken. Nach außen hin hat man so das Gefühl, als wäre dieser Wohnungsbauverband schon sanft entschlummert, wenigstens merkt man von seiner Tätigkeit nach außen hin nichts, und dabei wäre dort gerade eine lebhafte Tatigkeit begründet. Aber sie sehen aus dem Haushaltplan, daß er noch lebt, und wir fordern, daß im Interesse der Beseitigung des Wohnungselends mehr geschieht, als wie es bisher der Fall gewesen ist. Zu all den teueren und kostspieligen Sachen kommt der ungeheure Polizeiapparat. Es sind 20 Millionen Ausgaben

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

zu verzeichnen oder pro Kopf der Bevölkerung 27 Franken. Meine Herren! Das muß den Anschein erwecken, als ob an der Saar ein böses und robustes Völkchen wohne. Es ist jedoch nicht so. Das Volk an der Saar ist friedlich, genügsam, ja, man kann sagen geduldig. Es ist nicht wahr, daß zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ein Aufwand von 20 Millionen Franken erforderlich wäre. Der kolossale Apparat dient lediglich dazu, die Arbeitermassen in ihrem Kampf um eine Besserstellung gegen das Unternehmertum- ob deutsch oder ausländisch- in Schach zu halten.

Bei der

Justizverwaltung

wünschen wir auch eine Verbesserung des Strafanstaltswesens und vor allen Dingen Richter, die sich der neuen Zeit anpassen können, Richter mit einer republikanischen Gesinnung.

Zur Position 9 muß man immer wieder die Verwunderung aussprechen über die Zusammensetzung: Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und katholischer Kultus. Dann folgt in der nächsten Position protestantischer und israelitischer Kultus. Warum legt man nicht katholischer, protestantischer und israelitischer Kultus zu einer Position zusammen?

(Heiterkeit)

Will man dabei den Eindruck erwecken, meine Herren vom Zentrum, als sei Wissenschaft, Kunst und Volksbildung nur auf Seiten des katholischen Kultus zu finden.

(Zuruf aus dem Zentrum: Wir haben es ja nicht gemacht!)

Man hört aber auch kein Wort der Kritik von Ihrer Seite.

(Heiterkeit)

Ist es nicht Absicht oder eine Verbeugung vor dem Zentrum, den katholischen Kultus mit der Volksschule zu verbinden, oder ist vielleicht die Absicht maßgebend gewesen, Ausgabeposten im Interesse des katolischen Kultus verschleiert im Etat unterzubringen?

(Zuruf aus dem Zentrum: Hierwegen brauchen Sie keine Angst zu haben!)

Vielleicht sind Sie da nicht richtig unterrichtet. Ist es vielleicht nicht Absicht gewesen, die Volksschulen in Zusammenhang zu bringen mit der Position oder hat man die Sache geteilt, um nach außen hin den oft häßlichen konfessionellen Kampf zu dokumentieren? Irgendwelche Gründe müssen hier eine Rolle gespielt haben. Während für den katholischen Kultus die Mehrausgaben um 54 000 Franken gestiegen sind, gehen die vom protestantischen Kultus um 33 000 Franken

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Franken zurück, jedoch werden gewaltige Ausgaben für den gesamten Kultus gemacht, während allgemeine Volksbildung notleidet.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr gut!)

Auch finden wir hier eine Verschleierung des Haushaltes, denn in der Position 31 steht ein Posten mit 1 400 000 Franken für Zuschüsse an Kirchengemeinden für den Ausfall an Steuern. Auch diese Summe gehört zum Aufwand des Kultus. Man macht es jedenfalls mit der Absicht, um andere Ziffern aufmarschieren lassen zu können, um zu beweisen, daß die Ausgaben für den katholischen Kultus nicht so hoch sind. Weiter finden wir Beträge mit 254 000 Franken für den französischen und protestantischen Kultus. Was gehen uns die französischen Geistlichen im Saargebiet an ? Wir haben genug Geistliche hier und brauchen in Frankreich keine Hilfe zu suchen. Es wird hier Geld von Deutschen aufgebracht und zu Unrecht an französische Geistliche bezahlt. Wir fordern hier unbedingte Streichung dieser Ziffer.

(Zuruf der Kommunisten: Die französischen Geistlichen wollen uns weiß machen, daß der französische Himmel schöner ist als der deutsche.)

Ebenso finden wir bei der Position

Hochbauverwaltung

200 000 Franken zur Unterbringung der Bahnschutztruppen. Wir protestieren gegen diese Ausgaben, denn diese Bahnschutztruppen liegen im Interesse der Alliierten und ganz besonders im Interesse des französischen Staats hier im Saargebiet. Mögen diese auch für die Unterhaltung der Bahnschutztruppen die Kosten tragen.

Zu der Position

Wasserbauverwaltung

sind die Löhne von 572 000 auf 433 000 Franken zurückgegangen. Entweder ist hier weniger Arbeit geleistet worden oder aber sind niedrigere Löhne gezahlt worden. Das Letztere wird wohl zutreffen. Ich möchte auf die Erfahrungen hinweisen, die wir gemacht haben in einem allgemeinen Lohnabbau, den man durchgeführt hat. Es wäre in diesem Falle gut, wenn sich unsere Arbeiter mit unseren Ministern solidarisch erklären würden, um damit für sie auch eine Lohnerhöhung zu erreichen.

(Zuruf: Die haben es nicht notwendig!)

Diese Lohnerhöhung ist ebenso notwendig, wie die der Minister.

Außerdem sind die Beihilfen an Kulturbauunternehmungen von 550 000 Franken auf 200 000 Franken herabgesetzt worden. Hier möchte ich mir die Frage

erlauben

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

erlauben, wer bekommt diese Beihilfen, und warum ist diese Beihilfe so beträchtlich herabgesetzt worden?

Auch bei der

Straßenbauverwaltung

wünschen wir eine gleichmäßigere Verteilung der Zuschüsse an die einzelnen Gemeinden, Bezirke und Kreise. Viele Kilometer Straßenlängen werden als nicht verkehrswichtig bezeichnet und die Zuschüsse an die dabei betroffenen Bezirke und Gemeinden verringert.

Meine Herren! Unter

Arbeitswesen

finden wir die Arbeitskammer. Nach außen hin merkt man sehr wenig von der Tätigkeit dieser Arbeitskammer und auch die Regierungskommission legt vielleicht keinen so großen Wert auf die Arbeitskammer, denn man kann nicht verstehen, wie die Regierung die Ausgaben von 78 000 Franken auf 64 000 Franken herabsetzen kann.

Bei der nächsten Position

Sozialversicherung

muß festgestellt werden, daß die Kosten in der Hauptsache von der deutschen Republik getragen werden. Der Betrag von 12 Millionen Franken ist gegen dem Vorjahre der gleiche geblieben, obwohl nach der neueren Vereinbarung er um 10 % höher sein müßte und auch da wieder die Frage, warum erscheint dieser Betrag nicht? Auffallend an dieser Position ist die große Steigerung in der Vergütung für die Postverwaltung und zwar für die Auszahlung der Renten von 242 auf 485 000 Franken und für den Verkauf der Invaliden-und Angestelltenversicherungsmarken von 167 000 Franken auf 339 000 Franken. Meine Herren! Es hat den Anschein, als wollte man damit den Dalles bei der Postverwaltung abwenden.

Bei der Position 17

Hauptwohlfahrtsamt

ist auffallend, daß der Betrag für wirtschaftlich Minderbemittelte und Notleidende von 5 000 000 auf 4 000 000 gekürzt worden ist. Soll das vielleicht beweisen, daß im Saargebiet in dieser Hinsicht alles in Ordnung ist ? Auch wünschen wir bei der Jugendfürsorge und Unterstützung der Jugendvereine, daß die freie Richtung mehr wie bisher bedacht wird. Bei der Kriegsbeschädigten-und Kriegshinterbliebenenfürsorge ist ebenfalls zu konstatieren, daß das Reich mit 63 500 000 Franken den Löwenanteil der ganzen Position trägt.

Bei

L A Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Bei der Position

Oberbergamt

erlaube ich mir die Frage, warum die Beamten des Bergamtes immer beurlaubte, höhere Beamte von Frankreich sein müssen? Wenn es schon einmal keine deutschen Beamten sein sollen, dann fordern wir, daß wenigstens neutrale, ausländische Beamten, die an dem Saarbergbau nicht direkt interessiert sind, genommen werden.

Zu Position

direkte Steuer

ist zu bemängeln, daß sich die Umsatzsteuer in dieser Position befindet. Die Umsatzsteuer ist eine ausgesprochene indirekte und keine direkte Steuer. Dadurch wird jedenfalls der Anschein erweckt, daß die direkte Besteuerung schärfer ist als die indirekte. Den Betrag von 57 Millionen Franken an Umsatzsteuer soll man an den Platz setzen, wohin er gehört, dann erst ist ein klares Bild möglich.

Bei dieser Gelegenheit verlangen wir aufs neue die Besteuerung der Ministergehälter. Es geht nicht an, daß man den kleinen Mann bis zum Äußersten besteuert, während die Minister mit ihren großen Gehältern nichts zur Wohlfahrt des Saargebietes beitragen. Um die kleinen Einkommen zu schonen, verlangen wir Erhöhung der Freigrenze in der Einkommenbesteuerung und ich verweise auf die von meiner Partei gestellten Anträge. Wie drückend die indirekte Steuerlast wirkt und wie man beabsichtigt, die Großen zu schonen, beweisen 2 Ziffern in der indirekten Steuer und zwar bei der Wein-und Zuckersteuer. Die Steuer für Wein ist von 1,5 Millionen auf 800 000 Franken herabgesetzt und die Zuckersteuer ist von 7 auf 8 Millionen gestiegen. Die Weinsteuer ist fast um 50 % ermäßigt, während die Zuckersteuer etwa 15 % mehr einbringen soll. Mit dieser Erhöhung der Zuckersteuer werden die armen Arbeiterkinder und ärmere Bevölkerung am schwersten betroffen.

Neu ist im Haushaltplan die Position,

Luftverkehrswesen.

Meine Herren, wenn es auch im Interesse des Fortschritts liegt, so wird das Luftverkehrswesen für das Saargebiet ein teueres Vergnügen werden. Es sind 1/2 Million Franken dafür ausgeworfen.

Bei der Position

Zölle

wäre es interessant zu erfahren, ob es richtig ist,

daß

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

ist, daß 30 % der Zölle als Ersteheungskosten wieder aufgehen. Eine Ausscheidung hierüber ist im Haushalt nicht erfolgt.

Den Betrag von 6 Millionen Franken für den Postneubau habe ich schon bemängelt, ebenso die 1,4 Millionen Zusicherungen an Kirchengemeinden. Ich möchte die Frage stellen, warum im Haushalt die Einnahmeziffern der Zinsen mit 7 Millionen gegenüber dem Vorjahre die gleichen geblieben sind? Bei den vermehrten Einnahmen wär das ein Beweis, daß das Kapital nicht richtig angelegt war. Außerdem stehen wir auf dem Standpunkt, daß solche Ausgaben wie Postamtsneubau nicht aus laufenden Mitteln gedeckt, sondern solch große Projekte soll man auf dem Anleihewege - auf längere Zeit verteilt - decken.

Die Saareisenbahn stellt auch im diesjährigen Haushalt des Saargebietes wieder das Schmerzenskind dar. Während sich die Einnahmen verringert haben, sind die Ausgaben gestiegen, sodaß der Zuschuß gegenüber 1927 mit 2 867 000 Franken jetzt 6 440 000 beträgt. Dieser Zuschuß ist notwendig geworden, trotzdem im Haushalt festgestellt werden kann, daß die Löhne und Gehälter zurückgegangen sind. Wenn auch erneut durch Abschaffung der 4. Wagenklasse eine stärkere Belastung der armen Bevölkerung eingetreten ist, gegen die wir protestieren, so wird die Rentabilität der Saarbahnen nie zu erreichen sein. Der Apparat muß teuer sein und die Bevölkerung muß die Kosten tragen, solange die Eisenbahn in ihrer heutigen unwirtschaftlichen Form bestehen bleibt.

Bei der Position

Postverwaltung

kann nach unserer Meinung von einem Überschuß von 470 Franken nicht die Rede sein. Nehmen wir hier die Kosten für den Neubau mit 6 Millionen Franken herein, dann haben wir dieselben Erfahrungen festgestellt wie bei der Eisenbahn.

Zum Schluß protestieren wir auch noch gegen das Vorgehen der Regierungskommission, da sie die Kündigung der Staatsangestellten vorgenommen hat. Die Angestellten brauchen Erhöhung der Gehälter und wir fordern die Regierungskommission auf, die Neubesoldung der Angestellten unverzüglich durchzuführen. Außerdem stellen wir den Antrag, den Erwerbslosen jetzt vor Weihnachten einen angemessenen Betrag als Weihnachtsgabe zur Auszahlung zu bringen. Dieser Antrag lautet:

" Der Landesrat möge beschließen, die Regierungskommission zu ersuchen, an die unterstützungsberechtigten Erwerbslosen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge in der Woche vor Weihnachten einen angemessenen Betrag als Weihnachtsgabe neben der normalen Unterstützung in Auszahlung zu bringen."

Meine

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Meine Herren! Ich habe damit im Rahmen der Möglichkeit die Stellungnahme meiner Partei gekennzeichnet und verweise auf die von uns bereits schon früher gestellten und heute vorliegenden Anträge.

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten.)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg.Schmelzer(DSV): Meine Herren! Die Herren Vorredner haben den Etat der Regierungskommission schon so sehr zerpflückt,daß ich mich außerordentlich kurz fassen kann. Es ist schade um die Mühe,die darauf verwendet wird; die Zeit ist eigentlich viel zu kostbar,um sie für ein derartig undankbares Geschäft zu verwenden. Die Forderungen, die aufgestellt worden sind, sind zum Teil Forderungen des gesamten Landesrates, so z.B. die Forderung,daß der Haushaltplan dem Landesrat zur Begutachtung vorgelegt werden soll, und daß die Rechnungsabschlüsse für 1926 und 1927 uns endlich vorgelegt werden , um zu konsta tieren, was mit unserem Steuergeld gemacht wird. Die Finanzpolitik der Regierungskommission haben wir ebensosehr verurteilt, wie alle anderen Parteien und Fraktionen; auch wir weisen darauf hin, daß gewisse Dinge nicht aus laufenden Mitteln, sondern aus Anleihemitteln erledigt werden sollen. Und wenn selbst die Steuern dadurch nicht gesenkt werden könnten,dann wäre es zum mindesten möglich gewesen, die Wünsche der Beamten und der Staatsarbeiter nach besseren Gehältern und Löhnen zu erfüllen. Ich habe, wie gesagt, nur sehr wenig den Forderungen der Vorredner hinzuzufügen. Einige Punkte möchte ich mir erlauben,nochmals hervorzuheben, und besonders diejenigen, die noch nicht erwähnt sind, hinzuzufügen.

Bei dem Etat der Polizeiverwaltung möchten wir bitten,daß die Oberste Polizeiverwaltung- es trifft wohl kaum den Polizeidirektor,der ist wohl kaum dafür verantwortlich zu machen - endlich ihre einfältigen Scherze unterläßt, die sie sich z.B. geleistet hat bei dem Verbieten eines Fackelzuges beim Lichtfest. Die Deutschnationale Volkspartei hat einen Antrag eingebracht wegen eines anderen Fackelzuges; der deutschnationale Redner wird diesen Antrag begründen. Das sind unseres Erachtens, wie gesagt, einfältige Scherze,mit denen man endlich Schluß machen sollte.

In dem Kultusetat ist eine Ausgabe eingesetzt von 172 000 Franken für die hiesige Kunstgewerbeschule. Die Saarbrücker Zeitung hat vor 2 Tagen einen umfangreichen Artikel über diese Kunstgewerbeschule gebracht,der Ihnen ja wohl bekannt sein wird. Es ist darin ausgeführt - wir stimmen dem zu -, daß die Einrichtung einer derartigen Anstalt in einem Gebiet mit vorwiegend industrieller Bevölkerung, einer Bevölkerung, die gar nicht die Kaufkraft hat, nun die Dinge zu kaufen,die hergestellt werden von so ausgebildeten Menschen, eine Überflüssigkeit war,nur geboren aus dem Gedanken der Abtrennung vom Reich. Man könnte vielleicht mit einer Handbewegung über die Angelegenheit hinweggehen, obwohl die 172 000 Franken sich in dem nächsten Jahr wahrscheinlich um ein Bedeutendes

vermehren.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

vermehren,denn die Kunstgewerbeschule soll ein eigenes Haus bekommen. Das kostet eine Unmenge Geld! Man könnte vielleicht mit einer Handbewegung darüber hinweggehen, wenn einen nicht die armen Menschen dauern würden, die Jahr für Jahr angeblich dort ausgebildet werden. Sie werden angereizt mit allen Mitteln, die Schule zu besuchen. Es wird nicht,wie das bei anderen Schulen gemacht wird,geprüft, ob der Aufzunehmende nun über die nötige Fähigkeit verfügt.

(zum Präsidenten gewandt: Ich bin sehr kurz!
Präsident: es ist etwas anderes.
Abg.Schmelzer: In 10 Minuten ist die Sache abgetan!)

Die angeblich dort Ausgebildeten finden nachher beim Verlassen der Anstalt keine Stelle,weil ihre Zeugnisse wertlos sind. Es wird ein Kunstproletariat herangezüchtet,das einem, wie gesagt, wirklich leid tun kann.

(Zuruf des Abg.Daub: Kunstproletariat?)

Ja, Herr Daub, das gibt's,leider. Sie wissen das noch nicht.

(Lachen)

Mit welchen Mitteln da gearbeitet wird,dazu möge folgendes dienen: Nach der Aussage eines ausgeschiedenen Lehrers hat der Schulleiter sich folgenden Ausspruch geleistet: „ Das Zeichnen nach dem weiblichen Aktmodell wirkt für den Besuch der Abendkurse anreizend; es ist eine gute geschäftliche Maßnahme." Also das künstlerische Unternehmen wird hier herabgewürdigt zu einem Amüsierbetrieb. Das trifft nicht nur den Leiter der Schule, sondern die Vorwürfe treifen auch die Schulabteilung,besonders den Herrn Kolling,dem diese Dinge ganz genau bekannt sind. Man soll endlich Schluß machen,soll nicht die ungeheuren Mittel für ein neues Haus aufwenden. Es ist ein direkter Betrug an denjenigen, die man mit den schlimmsten Mitteln in die Schule hineinzieht,ohne ihnen später eine Beschäftigung bieten zu können.

Der Forderung des Abgeordneten Becker, den fakultativen französischen Unterricht fortfallen zu lassen, stimmen wir ebenfalls zu. Wir sind der Meinung, daß das Geld nur hinausgeworfen wird.

Mit dem Herrn Reinhard befinde ich mich sehr selten in Übereinstimmung; aber mit seinem Gedanken, daß die Regierungskommission zur Förderung des Völkerbundsgedankens im Saargebiet viel bessere Wege gehen könnte, als sie es bisher getan hat,bin ich durchaus einig.

(Zuruf von der Linken: Schade,daß er nicht da ist !)

Ich

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Ich lege keinen Wert darauf, daß er das hört, ich reiße mich nicht um seine Anerkennung!

(Zuruf des Abg.Weiß: Wir reißen uns auch nicht um Ihre Anerkennung!)

Reißen Sie sich nicht um meine Anerkennung!

(Zuruf des Abg.Daub: Sie gehören auch zum Kunstproletariat!)

Also nochmals, die 50 000 Franken für Förderung des Völkerbundsgedankens, darin bin ich mit Herrn Reinhard einig, sind weggeworfenes Geld. Die Regierungskommission hätte andere Mittel in der Hand, ich meine nicht geldliche Mittel, um den Völkerbundsgedanken hier zu pflegen und ihm zur Anerkennung zu verhelfen.

Die Kosten für

Unterbringung der Bahnschutztruppen

hat Herr Becker schon erwähnt; wir sind der gleichen Meinung wie das Zentrum.

Für die

Straßenbauverwaltung

wird die Deutschnationale Volkspartei einen Antrag bringen um besseren Ausbau der Straßen im Warndt. Ich will das nicht vorweg nehmen; sie hat den Antrag eingereicht, was wir gebührend berücksichtigen.

Ein Wort möchte ich noch sagen, wie der Sprecher des Zentrums, über die

Landwirtschaft des Saargebietes.

Ihr geht es im Saargebiet noch schlechter wie im Reiche. Es ist wirklich notwendig, daß zu Gunsten der Landwirtschaft, trotz des scheinbar hohen Etats, etwas mehr getan wird. Insbesondere verlangt die Landwirtschaft eine Förderung des Ausbaues der Milchhöfe, eine Förderung der Milchwirtschaft überhaupt. Ich glaube, es wird ja etwas geschehen (ich habe etwas derartiges gelesen), es wäre gut, wenn die Regierungskommission sich an den Maßnahmen beteiligen würde.

Bei der

Post

haben wir zum erstenmal etwas Erfreuliches zu verzeichnen, nämlich daß Einnahmen und Ausgaben sich, wenigstens nach dem Etatsvoranschlag, ausgleichen. Ob das wirklich der Fall sein wird, ist ja zweifelhaft.

(Zuruf

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

434

(Zuruf des Abg.Hoffmann: Die Gehaltserhöhungen werden auch im Haushalt von Post und Eisenbahn noch kommen!)

Es ist wenigstens der Versuch gemacht, Ausgaben und Einnahmen auszugleichen.

Zu dem

Etat der Öffentlichen Arbeiten

wäre noch außerordentlich viel zu sagen; wir verzichten vorläufig darauf, und zwar im Hinblick darauf,daß der Herr Minister für Öffentliche Arbeiten, v. Ehrnrooth, ja erst ungefähr 3/4 Jahr hier ist, und er vielleicht noch nicht die Gelegenheit gehabt hat - er muß sich ja selbstverständlich einarbeiten-,alles das auszumerzen, was in seiner Abteilung noch unerfreulich ist. Wir hoffen,daß es in allernächster Zeit geschieht.

Die

Oberpreisprüfungskommission

steht noch im Etat mit einer Ausgabe von rund 57 000 Franken, davon allein 26 000 Franken für Reisen. Das ist ganz erstaunlich. Es ist meines Erachtens ein Unding, daß ein derartiges Institut noch besteht in einer Zeit, wo doch der eine Geschäftsmann den andern zu unterbieten versucht. Es kann gar keine Rede mehr davon sein, daß die Preise übersetzt werden, im Gegenteil, sie werden heruntergesetzt.

Dann ist auf Seite 51 ein Posten für

Ausbildung und Fortbildung von Lehrkräften der Berufsschulen

von 75 000 Franken eingesetzt. Es ist mir nicht ganz klar, für was dieser Betrag ausgeworfen wird. Sollte er dazu dienen, den Gewerbelehrern ihre Ausbildung im Reiche zu vervollkommnen,so könnten wir uns damit einverstanden erklären.

Bei dem

Etat der Bauverwaltung

hätte ich noch folgendes nachzutragen. Wir haben seinerzeit den Antrag gestellt, rechtzeitig Mittel zur Verfügung zu stellen, und zwar so frühzeitig,daß der Beginn der Bauten nicht etwa erst in der Hochsaison erfolgen kann, sondern schon im Frühjahr. Bisher war es meist so, daß die Aufträge der öffentlichen Hand immer erst dann kamen, wenn das Baugewerbe mitten in der Hochsaison bereits durch Privataufträge überlastet war. Der Antrag bezweckt die zweckmäßige Verteilung der öffentlichen Arbeiten auf das ganze Jahr. Ich habe

seinerzeit

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Ich habe seinerzeit den Antrag ausführlich begründet. Es ist genau noch so, wie es früher war! Ist das Baugewerbe über und über beschäftigt,dann kommt auch noch die Regierungskommission und läßt ihre Aufträge ausführen. Wenn es aber überall an Aufträgen mangelt, dann hat die Regierung auch keine zu vergeben.

Ich möchte an den Herrn Staatskommissar von hier aus noch einmal die dringende Bitte richten -und ich glaube, ich befinde mich da im Einklang mit allen übrigen Parteien - bei der Regierungskommission dafür zu sorgen, daß die Bauarbeiter auch im Winter beschäftigt werden und nicht nur in der Saison.

Bei dem Kapitel

Fürsorgeerziehung

ist der hohe Betrag,der dafür ausgegeben wird,auffallend. Es sind insgesamt nahezu 6 1/2 Millionen Franken. Im Jahre 1925 betrug die Zahl der Fürsorgezöglinge 235, sie dürfte 1928 kaum 300 erreicht haben. Wenn man berücksichtigt,daß dieser Betrag von 6 1/2 Millionen Franken sich ungefähr auf 300 Zöglingen verteilt, kommt man zu der Ansicht, daß da etwas nicht stimmen kann bei der Fürsorgeanstalt in Homburg. Es kann umso weniger stimmen, als die Klagen aus Handwerkerkreisen über die Fürsorgeanstalt nicht verstummen wollen. Es wäre zweckmäßig, wenn einmal nachgesehen würde, warum diese ungeheure hohe Summe ausgeworfen werden muß. Wir waren alle der Meinung,daß es ein Unding war, diese Anstalt in Homburg zu errichten. Es wäre zweckmäßiger so geblieben wie es war,daß die Fürsorgezöglinge den deutschen Anstalten überwiesen würden. Aber die Errichtung der Anstalt war mit ein Teil der Abtrennungsbestrebungen des Saargebietes vom Reich. Ist es nicht ein krasses Mißverhältnis zu den Ausgaben für Handel und Gewerbe, wenn an die beiden Anstalten allein 140 000 Franken zur Ausbildung der Fürsorgezöglinge in einem Handwerk gegeben werden, während zur Förderung von Handel und Gewerbe nur 169 000 Franken ausgeworfen werden.

Weiter haben wir verschiedene Anträge eingereicht, die ich gleich hiermit erwähnen kann. Den Antrag über Steuererleichterungen für Schwerbeschädigte wird der Herr Diehl begründen.

Wir haben einen Antrag eingereicht betreffend

die Wohnungsfrage.

Trotzdem die Mehrheit des Landesrates der Meinung war, daß das Gesetz über das Wohnungswesen geändert werden müsse,hat die Regierungskommission bisher von unseren Gutachten keinerlei Gebrauch gemacht. Wenn man dem Grund nachgeht - sie selbst gibt keinen Grund an-,so findet man, daß die Regierungskommission durchblicken läßt, daß die Anderung mit Rücksicht auf die minderbemittelte Schicht der Bevölkerung nicht eintreten

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

könne. Wir haben aber Anträge gestellt, die derart waren, daß sie die minderbemittelte Bevölkerung nicht getroffen hätten. Es bleibt nur die eine Vermutung übrig, daß die Regierungskommission deshalb an dem Gesetz über das Wohnungswesen keine Anderung vornimmt, weil bei dem jetzt bestehenden Gesetz den französischen Beamten gute Wohnungen zu billigem Gelde gesichert sind.

Wir verlangen noch einmal nachdrücklichst mit Unterstreichung unserer schriftlichen Eingabe, auf die wir keinen richtigen Bescheid bekommen haben, daß die Regierungskommission in Kürze eine neue Vorlage mit entsprechenden Verbesserungen einbringt, oder wenn die Regierung auf ihrem alten Vorschlag bestehen bleibt, eine Berücksichtigung des Gutachtens der Mehrheit des Landesrates.

Wir haben auch schon wiederholt die Sprache darauf gebracht, daß nach wie vor der Zustand besteht, daß die Regierungsgelder vorzugsweise bei französischen Banken angelegt werden. Wir haben bei einer diesbezüglichen Besprechung im Landesrat nachgewiesen, daß an dem Stichtag 225 Millionen Franken bei französischen und 3 Millionen bei deutschen Banken angelegt waren. Nach dieser Richtung ist aber nichts geschehen; wir haben einen besonderen Antrag eingereicht, auf den aber auch nichts geschehen ist. Wir haben Anträge eingereicht, die eine Ermäßigung der Umsatzsteuer und eine Reform der Gewerbesteuer erstreben. Desgleichen haben wir einen Antrag eingebracht, der eine beschleunigte Aufstellung des Sanierungsprogramms in St.Ingbert fordert, damit der jetzige Schwebezustand beseitigt wird.

Meine Herren! Wir haben vielleicht heute morgen alle wieder einmal „Wasser in ein Sieb gefüllt", denn die Regierungskommission, die die Gewalt hat, macht sich wenig aus dem, was hier gesagt wird. Vielleicht haben wir aber doch das Anstandsgefühl des einen oder anderen der Herren Regierungskommissare berührt; vielleicht trägt das doch dazu bei, daß sich der eine oder andere bewogen fühlt, etwas von diesem Unrecht abzubröckeln, das der Saarbevölkerung zugefügt wird. Es sind keine angenehmen Geschäfte, die wir hier betreiben, aber wir müssen sie betreiben. Und wir fühlen uns immer noch wohler in der Rolle, die wir zu spielen haben, als die Regierungskommission sich in ihrer Rolle fühlen mag, in der Rolle des Nutznießers eines Kapitalunrechtes, das auf dem Betruge von Versailles aufgebaut ist. Wir hoffen, daß auf unsere Reden wenigstens etwas kleines geschieht zum Wohle der Bevölkerung. Ist das nicht der Fall, so haben wir doch die Pflicht, immer wieder auf die Schäden und Mißstände hinzuweisen, und, meine Herren, wir werden auch einmal das Ende dieser Gewaltherrschaft erleben, dieses Betruges, gemischt mit einem Schuß Hanswurstigkeit. Wir werden hoffentlich die Zeit noch erleben, wo diese Sache hinter uns liegt. Denn durch kommen wir doch, kommen wir doch!

(Bravo - Rufe !)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Soweit die Ausführungen des Herrn Schmelzer Angriffe gegen die Regierung enthalten, muß ich sie zurückweisen.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Reichard das Wort.

Abg.Reichard(Dnt.VP): Meine Herren ! Es ist das Los der letzten Etatredner, daß sie nach stundenlanger Debatte zu einer mehr oder weniger ermüdeten Zuhörerschaft sprechen, daß sie im Wesentlichen sich auf Wiederholungen beschränken müssen und ihnen nichts weiter übrig bleibt, als eine kleine Nachlese zu halten. In dieser Situation befinde ich mich und kann mich daher kurz fassen.

Ich lege zunächst Wert darauf, festzustellen, daß bei unserer Kommissionsberatung, die wir vor etwa einer Woche gehabt haben, in Übereinstimmung mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, beschlossen worden ist, eine Erklärung zu verfassen, die sich auf unseren Wunsch bezieht, möglichst bald mit unserem Vaterland wieder vereint zu werden. Wir haben gehört, daß die Sozialdemokratische Partei sich solidarisch damit erklärt hat und wir würden es begrüßen, wenn auch einmal die Kommunistische Partei sich zu der Größe des Gedankens durchringen könnte, zusammen mit den übrigen Parteien diese Erklärung zu unterschreiben.

Meine Herren! Die vaterländische Idee, der Gedanke der inneren und äußeren Verbundenheit mit der Heimat, ist etwas fundamentales im Leben der Menschen und Nationen, etwas, das an erster Stelle steht, etwas Großes und Heiliges, ein Moment von sittlicher Tiefe; und wir alle werden uns doch ganz gewiß nicht nachsagen lassen, daß dieser große Gedanke bei uns keine Geltung habe; auch Sie, meine Herren, (zu den Kommunisten gewendet) werden doch auch gute Deutsche sein wollen.

(Zuruf des Abg.Reinhard: Das ist ja alles Schmus, was Sie uns da vormachen!)

Nein, das ist kein Schmus, wie Sie behaupten, sondern es ist ein Appell an Ihr vaterländisches Gefühl, und es ist durchaus berechtigt und angebracht, hier im Landesrat von der nationalen Ehre zu reden.

Meine Herren, ich gehe dazu über, auszusprechen, daß es von unserer Seite anerkannt werden muß, daß die Regierungskommission in letzter Zeit das Bestreben zeigt, in eine nähere Fühlung mit dem Landesrat zu kommen. Wir haben vor einigen Tagen eine Unterredung gehabt mit den Herren Vertretern der Regierung über die Frage, welche Wege einzuschlagen sind, um unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern. Es ist besonders über die Frage einer kräftigen Hilfe durch eine große Anleihe für die Saarwirtschaft gesprochen worden. Es ist das

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

erste Mal,daß diese engere Fühlungnahme in einer besonders wichtigen Lebensfrage genommen wurde.Wir können diesen Schritt nur anerkennen und dankbar begrüßen. Meine Herren,wenn ich gesagt habe,wir wollen anerkennen,daß uns die Regierung in dieser Weise entgegenkommt,so darf uns das auf der anderen Seite nicht hindern,im Interesse der gesamten Wirtschaft und unserer Bevölkerung Kritik an Maßnahmen zu üben,denen wir nicht zustimmen können. Ich meine, wir haben allen Grund uns gegen die geplante Erhöhung der Gehälter der Mitglieder der Regierung zu wenden. Die Gehälter sollen um ein Bedeutendes erhöht werden. Es macht keinen günstigen Eindruck,wenn man etwas derartiges unternimmt in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges und in einer Zeit,wo es den sozial schwer ringenden Arbeiterschichten und Beamtenkategorien außerordentlich schwer wird,auch nur den notwendigsten Bedarf zum Leben aufzubringen. Da ist man denn doch unwillkürlich versucht, diese beiden Dinge nebeneinander zu stellen und miteinander zu vergleichen. Auf der einen Seite ein verzweifelter Kampf der unteren Schichten um eine einigermaße tragfähige Basis der Existenz und auf der anderen Seite Forderungen auf Erhöhung von Gehältern der höheren Beamten,deren Bezüge nach billigem Ermessen bereits reichlich genug dotiert sind. Das muß einmal offen ausgesprochen werden.

Was die Besetzung der freigewordenen Richterstellen am Obersten Gerichtshof in Saarlouis angeht,so müssen wir entschieden wünschen und fordern, daß der Grundsatz befolgt und festgehalten werde,daß nur durch deutsche Richter deutsches Recht gesprochen wird. Es liegt mir selbstverständlich fern,den Willen der Richter von nichtdeutscher Herkunft zurobjektiven Rechtsprechung anzuzweifeln. Aber es fehlt ihnen die innere Wesensverbundenheit mit dem deutschen Volke. Die allgemeinen fundamentalen sittlichen Rechtsgrundlagen werden gewiß überall in der Welt im Großen und Ganzen die gleichen sein. Trotzdem ist es für die Rechtsprechung und für das Gefühl des Vertrauens der Bevölkerung zu denen, die Recht zu sprechen haben,von höchster Bedeutung,daß die Rechtsangelegenheiten des Volkes in den Händen von Richtern liegen,die gleichen Stammes mit der Bevölkerung,vertraut mit ihrer Art und Sitte,ihren Anschauungen und Eigentümlichkeiten, und nicht zuletzt mit dem bedeutsamen Ausdrucksmittel ihres geistigen Lebens ihrer Muttersprache imstande sind,die Mentalität des Volkes zu verstehen und demgemäß die Rechtsprechung nicht nur formal=juristisch auszuüben,sondern sie vor Allem auch volkspsychologisch zu unterbauen. Daß aber land=und wesensfremde Richter bei allem guten Willen diese elementare Voraussetzung und diese ungeheuer wichtige Wesenseignung zu ihrem Berufe mitbringen,muß mit Fug und Recht bezweifelt werden. Darum sträubt sich das einfache Rechtsempfinden gegen die Jurisdiktion durch fremde Richter. Wir verlangen mit allem Nachdruck,daß diesem

Gefühl

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Gefühl Rechnung getragen wird und daß dementsprechend die freiwerdenden Stellen am Obersten Gerichtshof in Saarlouis nur mit deutschen Richtern besetzt werden.

Wir müssen weiter verlangen, daß das Beamtenrecht wieder hergestellt wird und daß es möglich ist, auf dem geordneten Rechtswege die Ansprüche der Beamten geltend zu machen. Wir wissen, daß hier der Kompetenzkonflikts-Gerichtshof geschaffen worden ist. Dieser Kompetenzkonfliktsgerichtshof hat in letzter Zeit wieder einmal entschieden, daß der Beamte gebunden ist an das in unserem Lande eingeführte Schiedsgericht, und daß er darüber hinaus keinen Anspruch hat, seine Meinung hinsichtlich seiner Gehaltsansprüche auf dem Rechtswege geltend zu machen. Das widerspricht dem Rechtsempfinden des Staatsbürgers. Wir verlangen, daß der Beamte das Recht hat, sein Gehalt einzuklagen.

(Zuruf der Kommunisten: Die Richter können das ja machen!)

Es ist nicht wahr, daß die Richter allein geklagt haben. Andere Beamtenkategorien haben es auch getan. Die Herren haben weiter garnichts getan, als daß sie nachdem alles nichts half und alle anderen Wege erfolglos beschritten waren, schließlich notgedrungen das letzte gesetzliche Mittel versucht haben, auf dem geordneten Rechtswege von dem preußischen Staat die Erfüllung seiner Zusagen zu erwirken. Eines Mannes Wort muß gehalten werden. Die Richter haben vollständig Recht gehabt, wenn sie schließlich diesen Weg einschlugen und das Recht ist ihnen ja nun auch zugesprochen worden.

Was die Kündigung der Staatsangestellten angeht, so ist hier ja schon alles gesagt worden. Wir sind vollständig mit den anderen Fraktionen einig, daß hier eine grobe Rechtsverletzung vorliegt, daß eine gerechte Regelung stattfinden muß und die Bezüge so zu erhöhen sind, daß die Leute menschenwürdig leben können.

Was die

Umsatz-und Verbrauchssteuer

betrifft, so betone ich, daß dieselbe unbedingt gesenkt werden muß, weil gerade diese Steuern in erster Linie die arbeitenden Volksschichten treffen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die französische Grubenverwaltung ihre Verpflichtungen zu erfüllen und die Steuern abzuführen hat, deren Betrag unserer saarländischen Wirtschaft zu ihrer Gesundung so bitter fehlt.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Hermann Röchling aber auch !)

Herr

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Herr Hermann Röchling wird Ihnen vielleicht selbst darauf antworten.

(unverständlicher Zwischenruf des Abg.Reinhard)

(Zuruf des Abgeordneten Röchling: Sehen Sie einmal,Herr Reinhard, ich war in dem Falle Advokat für die Bergleute!)

(Zuruf des Abg.Weiß: Ja, Sie haben die Löhne abgebaut!)

(Zuruf des Abg.Röchling: Nein, das habe ich nicht, Sie haben die Sache nicht verstanden, Sie müssen wieder in die Schule gehen!)

Abg.Reichard(Dnt.VP)fortfahrend: Meine Herren! Nachdem die herzliche Zwiesprache beendet ist,kann ich ja fortfahren.

(Heiterkeit)

Wir wollen und müssen verlangen,daß uns seitens der Regierung nicht nur die Haushaltvoranschläge vorgelegt werden, sondern vor allem die Ist-Haushaltpläne dem Landesrat zugehen. Wir haben erst einen Etat von 1925,wir wollen aber auch den Haushaltplan von 1926 und besonders von 1927 haben,damit wir einmal sehen können,wohin die Einnahmen geflossen sind.

Zum

Straßenbau-Etat

müssen wir insbesondere fordern,daß das Warndtgebiet in dem Maße berücksichtigt wird,wie es das notwendig hat und zu fordern berechtigt ist.

(Abg.Weiß: Aber nicht mit Kaffeekränzchen und Kuchen und der Röchling'schen Werkskapelle dazu. Den armen Mann vom Warndt steckt man in die Bergkapelle.)

Wenn man sieht,daß das Straßengebiet des Warndtgebietes so außerordentlich vernachlässigt ist,dann kommt man ganz unwillkürlich auf den Gedanken,daß eine gewisse Tendenz vorliegt,daß man vielleicht dem Warndtgebiet bei Wiedervereinigung mit dem Reiche sagt:„Eure Straßen sind schlecht; gut,wenn ihr zu uns kommt,dann bauen wir euch die Straßen."
"Man merkt die Absicht und man wird verstimmt."

Bezüglich des

Etats der Landwirtschaft

schließe ich mich dem an,was bereits gesagt worden ist. Die Landwirtschaft leidet außerordentlich Not. Wir wissen alle,daß die Landwirtschaft der Nährboden

unserer

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Nährboden unserer Volksexistenz und unserer Wirtschaft überhaupt ist. Es muß viel mehr getan werden für die Landwirtschaft und wir unterbreiten in dieser Hinsicht mit besonderem Nachdruck der Regierung unsere Wünsche.
Über die

Wohnungspolitik

der Regierung ist genügend gesprochen worden. Es ist das alte traurige Kapitel. Wir wissen,wie es hier geht. Wir protestieren dagegen,daß 25 % der freiwerdenden Wohnungen immer noch der Regierung für ihre Beamten zur Verfügung gestellt werden.

Dann möchte ich noch darauf zurückkommen, daß die Regierung den Fackelzug zu Ehren eines 70 jährigen Bürgers unserer Stadt verboten hat,mit der Begründung,die Sache sei feuergefährlich. Herr Schmelzer hat diese Maßnahme bereits in das richtige Licht gerückt. Es blamiert sich schließlich jeder so gut er kann. Da ist der alte Mann in Burbach,Herr Otto Meyer. Ich rede nicht von seiner politischen Einstellung,durch die er mir nahesteht,sondern ich rede davon,daß es sich bei ihm um einen warmherzigen Menschen handelt,um einen Mann,der in jahrzehntelanger selbstloser Tätigkeit sich um die öffentliche Wohlfahrt hochverdient gemacht hat und das Vertrauen der gesamten Bevölkerung besitzt. Dem Manne hätte die Regierung wahrhaftig seinen Fackelzug gönnen sollen.

(Zuruf des Abg.Daub: Sie dürfen das Brett nicht vergessen!) Bewegung mit der Hand nach der linken Brustseite).

(Zuruf des Abg.Weiß: Dafür ist er ja auch Führer der Feuerwehr!)

Das Verbot verdient so tief gehangen zu werden,daß es jeder sieht.

Ich will mich in meinen Ausführungen auf das Gesagte beschränken und hoffe,Ihre Zeit der Aufmerksamkeit nicht allzu lange in Anspruch genommen zu haben.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abg.Backes !

Abg.Backes (Chr.SP): Meine Herren! Zu der Resolution der Zentrumsfraktion habe ich folgendes zu erklären: Von mir ist niemand beauftragt worden,diese Resolution als gemeinsame Resolution vorzubringen.

Vorsitzender: Über diese Sache ist in der Fraktionsführer-Besprechung verhandelt worden. Von Herrn Abgeordneten Levacher wurde der Vorschlag gemacht,eine gemeinsame Erklärung abzugeben,dem niemand außer Herrn Reinhard widersprochen hat.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg.Petri(SP): Meine Herren! Die Sache ist doch die,daß in der ersten Fraktionsführer-Besprechung sämtliche Parteien ihr Anliegen vorgebracht haben. Ich erklärte damals in Vertretung unseres Fraktionsvorsitzenden Hoffmann,daß ich keiner Erklärung meine Zustimmung geben könne,bevor ich nicht mit meiner Fraktion Rücksprache gehalten habe. Daraufhin wurde eine zweite Fraktionsführerbesprechung festgesetzt.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg.Reinhard(KP): Ich muß feststellen, daß sich die Fraktionsführerbesprechung so abgewickelt hat,wie sie der Herr Präsident geschildert hat. Es wurde vorgeschlagen von seiten der bürgerlichen Parteien, eine gemeinsame Erklärung abzugeben und zwar von den bürgerlichen Parteien bis zu den Sozialdemokraten. Dagegen habe ich mich zum Wort gemeldet und gesagt, daß ich nie und nimmer einer solchen Erklärung zustimmen werde .

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg.Hoffmann(SP): Ich stelle fest, daß in der zweiten Fraktionsführerbesprechung von dieser Erklärung keine Rede gewesen ist.

(Zuruf des Abg.Dr.Sender: Die Erklärung ist textlich nicht brauchbar!)

Ich habe die Resolution gestern erst zugestellt bekommen und konnte an dem Inhalt derselben nichts ändern. In der Erklärung heißt es, "die Zentrumspartei hat den Antrag eingebracht." Ich betone nochmals,wir haben grundsätzlich keine Bedenken und vertreten ein und dieselbe Meinung,aber das Recht wollen wir haben, an der Formulierung einer solchen Erklärung mitzuwirken.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes!

Abg.Backes (Chr.SP): Meine Herren! Wenn ich dort in der Fraktionsführerbesprechung nicht widersprochen habe, so war ich der Ansicht,daß die Resolution nochmals vorgelegt wird und daß man nachher noch einmal darüber spricht. Ich konnte die Resolution im Voraus nicht ablehnen oder zustimmen.

(Zuruf des Abg.Dr.Sender: Ganz unsere Auffassung)

Im Prinzip sind wir damit einverstanden. Ich erkläre, daß wir Deutsche sind und uns auch als solche betrachten. Wir haben die Erklärung abzugeben,daß keine Macht das Recht hat,uns von Deutschland zu trennen. Das Wort„Vaterland" hätte lieber garnicht gebraucht werden sollen,denn mit diesem Wort ist schon soviel Unfug getrieben worden,daß man es besser weggelassen hätte. Genau so ist es mit der „deutschen Treue" und ich glaube,das sind nicht die Treuesten,die es von sich behaupten. Gegen die Abtrennung des Saargebietes von Deutschland protestieren wir,weil wir wirtschaftlich zu Deutschland gehören und weil es einer fremden Macht gelungen ist,ohne uns zu fragen,das Saargebiet von Deutschland loszutrennen.

Dann habe ich noch eine Anfrage an die Regierungskommission,die ich angekündigt habe,

> weshalb hat die Regierungskommission auf die Entschließung einer am 1.September 1928 zu Püttlingen stattgefundenen Versammlung der Sozialrentner betr.<u>Erhöhung der steuerfreien Grenze</u> (Anpassung an die deutschen Sätze) <u>und gänzliche Befreiung der knappschaftlichen Rente,</u> bis heute noch keine Antwort gegeben?

Ich glaube,daß die Regierungskommission,wenn sie ein wenig auf sich halten will,soviel Taktgefühl besitzen muß,auf Anfragen,die sie erhält,eine Antwort geben muß.

Zu dem Haushaltplan will ich keine Ausführungen mehr machen,weil die Herren Vorredner genügend darüber geredet haben. Doch möchte ich eine Sache nicht unerwähnt lassen,und das ist,daß das Landjägerkorps nicht so stark zu sein braucht. Man kann dort etwas mehr sparen. Wenn man zu dem Landjägerkorps noch den Bahnschutz und eine Anzahl Polizisten zählt,dann könnte man mit diesem Aufgebot halb Afrika in Schach halten. Meines Erachtens ist das Landjägerkorps in dieser Stärke nicht notwendig und ich bin der Meinung,daß man das Geld für bessere Zwecke verwenden solle.

<u>Über</u>

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Über den Bahnschutz muß ich noch ein paar Worte sagen. Ich glaube, die Regierungskommission hat sich im Jahre 1923 einen gründlichen Bären aufbinden lassen, als die Notverordnung anläßlich des Bergarbeiterstreiks herauskam. Die Grubenverwaltung ist getäuscht worden von Leuten, die sie gefragt hat. Sie hat sich auch den Fehler selbst zuzuschreiben wenn sie belogen wurde. Die Ingenieure haben eine Anzahl Leute, die in guten Stellungen waren, bestellt und diese gefragt, warum sie streiken würden. Die Leute, in ihrer Angst natürlich, um sich nicht unbeliebt zu machen, haben Aussagen gemacht, die es der Regierungskommission ermöglichten, eine solche Notverordnung zu erlassen. Das kam nur durch diese Lügen- und Märchenverbreitung und deshalb ist heute noch der Bahnschutz da, der von der Regierungskommission als notwendig erachtet wird. Der Bahnschutz kann fehlen, und wenn ihn die Militärverwaltung brauchen sollte, dann soll sie ihn auch bezahlen und nicht die Bevölkerung an der Saar.

Ferner hat die Grubenverwaltung in den früheren Jahren 1922 - 1923 58 Millionen an Steuern bezahlt und heute bezahlt sie nur 26 700 000. Das ist kaum mehr die Hälfte. Die anderen Steuern sind erhöht worden, so z.B. die Lohnsteuer von 4 auf 6 % und die Grubensteuer hat man auf die Hälfte ermäßigt. Das geht nicht an und die Regierungskommission muß dort eingreifen und versuchen, daß sie erreicht, daß die Grubenverwaltung ihre richtige Steuer bezahlt. Hinzu kommt, daß dann, wenn die Grubenverwaltung ihre richtigen Steuern bezahlt, die Regierungskommission Geld genug hat, unseren Anträgen stattzugeben.

Dann liegt ein Antrag von uns vor, daß Püttlingen eine höhere Ortsklasse erhält, denn kein Mensch kann behaupten, daß die Verhältnisse in Püttlingen billiger sind wie in einem anderen Ort. Dies müßte unbedingt geregelt werden, da das zugunsten der betr. Rentenempfänger, wie Kriegsinvaliden usw. notwendig ist. Wenn auch die Miete in Püttlingen etwas niedriger ist, so ist das darauf zurückzuführen, daß in einem Mietshaus keine Badeeinrichtung wie hier in Saarbrücken vorhanden ist. Ich bitte also, meinem Antrag stattzugeben, daß die Regierungskommission an die Bergwerksdirektion herantritt, daß diese mehr Steuern zahlt. Und wenn dann noch Steuern fehlen, soll man den Besitz belasten. Ich glaube, daß die Arbeiterschaft und der Besitz genug Steuern zahlen, dann kann auch der Besitz herangezogen werden.

Vorsitzender:

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Es ist vorhin die Frage angeschnitten worden betreffend die Straßen im Warndt. Ich hoffe, in der nächsten Sitzung Gelegenheit haben zu können, hierüber nähere Auskunft zu geben. Soviel ich weiß, sind erhebliche Beträge auch für den Ausbau der Warndtstraßen ausgegeben worden und liegen keine Anträge von Gemeinden auf Beihilfen mehr vor.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Das stimmt nicht!)

Was die Resolution anlangt, so nehme ich an, daß ich darüber auch in der nächsten Sitzung nähere Auskunft geben kann. Im allgemeinen ist es nicht üblich, auf jede Resolution, die in Steuerfragen gefaßt wird, Antwort zu geben. Es wäre schwer für die Finanzdirektion, alle derartigen Anfragen zu beantworten.

Es ist weiter gewünscht worden, die Vorlage der Ist-Haushalte für 1926 und 1927. Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse liegt die Nichtvorlage lediglich daran, daß der Ist=Haushaltplan für 1926 sich noch im Druck befindet, und der für 1927 noch nicht abgeschlossen ist. Wie Sie wissen, dürfen nach Ablauf des Etatsjahres noch Anweisungen auf den alten Etat vorgenommen werden für Zahlungen, die während des alten Etatsjahres fällig geworden sind. Der Abschluß zieht sich daher in die Länge. Ich glaube, daß hierauf die Nichtvorlage des Ist=Haushalts zurückzuführen ist.

Was den Fackelzug anlangt, so möchte ich sagen, daß eine solche Ehrung selbstverständlich dem Jubilar gegönnt worden wäre. Gründe für derartige polizeiliche Maßnahmen liegen lediglich in verkehrspolizeilichen Rücksichten. Es besteht auch die Möglichkeit für alle Beteiligten, die gesetzlich vorgesehenen Rechtsmittel zu ergreifen und Einspruch gegen die polizeiliche Verfügung einzulegen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich habe vorhin nur die Straßen im Warndt erwähnt, aber mit Rücksicht auf den deutschnationalen Redner mich weiter nicht darüber geäußert. Die Dinge liegen in Wirklichkeit so, daß im allgemeinen der Straßenausbau im Saargebiet sehr gut ist. Es ist ein Aktivum der Verwaltung, vielleicht eines der wenigen, die wir feststellen können. Aber im Warndtgebiet läßt der Straßenausbau noch zu wünschen übrig.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Herr Staatskommissar hat vorhin angeführt, daß keine weiteren Mittel angefordert wurden zur Erbauung von Straßen, und daß erhebliche Beträge bereits ausgegeben worden seien. Ich muß demgegenüber feststellen, daß z.B. der Bau der Straße durch die Bürgermeisterei Ludweiler bis zur Grenze Lothringens, an der der Staat zur Hälfte beteiligt ist, wohl vom Kreis und von der Bürgermeisterei Ludweiler bezahlt wurde, aber die übrige Hälfte, und zwar ungefähr 4 Millionen Franken, sind bis zur Stunde nicht bezahlt, d.h. der Kreis hat sie vorgeschossen, aber die Regierung hat bisher noch keinen Centimes bezahlt. Dies zur Richtigstellung zu den Ausführungen des Herren Staatskommissars.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Ich habe auch keine amtliche Erklärung in dieser Angelegenheit abgeben können, ich nehme aber an, daß ich es in der nächsten Sitzung tun kann.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reichard!

Abg. Reichard (Dnt.VP): Es ist anzuerkennen, daß im Straßenausbau viel schon geschehen ist im Saargebiet. Ich habe auch meine Kritik nur auf Straßen im Warndt bezogen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gladel!

Abg. Gladel (Z): Ich möchte erinnern an die Strecke Saarlouis=Metz, natürlich nur bis zur Grenze, und an Saarlouis-St.Avold bis zur Grenze. Ich möchte die maßgebenden Instanzen bitten, diese Straßen unter die Lupe zu nehmen und sie werden nicht feststellen können, daß sie sehr gut sind.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg.Schmoll(DVP): Meine sehr geehrten Herren! Ich stelle zunächst mit Bedauern,zum Teil auch mit Erstaunen fest,daß die Sozialdemokratie sich von unserer Resolution entfernt hat,eine Resolution,die wir doch in den Kommissionssitzungen meiner Ansicht nach recht eingehend besprochen haben. Ich möchte den Vertreter der Sozialdemokratie daran erinnern, daß wir davon ausgingen,eine Resolution zu verfassen,wie sie im Rathause in Saarbrücken,hier in diesem Saale,am Tage vorher dokumentiert worden ist,und daß wir diese Resolution nur etwas kürzer fassen sollten. Ich erwähne das ausdrücklich,weil ich damit beweisen will,wie eingehend wir über die Sache gesprochen haben. Dann wurde der Herr Levacher beauftragt,die Fassung dieser Resolution festzulegen. Darauf sollte die Resolution den Fraktionen zugehen.

(Zuruf des Abg.Petri: Ist sie am Montag vorgelegt worden?)

In der nächsten Sitzung.

(Zuruf des Vorsitzenden: Ja,sie ist am Montag verteilt worden!)

Dann haben Sie sie übersehen. Und selbst,wenn sie Ihnen erst heute übergeben worden wäre oder gestern,dann wäre immer noch Zeit genug gewesen, mit den übrigen Fraktionen Fühlung zu- nehmen und entsprechende Anträge auf Abänderung zu stellen. Ich muß feststellen,daß das Bild,das wir heute der Öffentlichkeit bieten,ein außerordentlich betrübendes ist.

(Zuruf des Abg.Becker: Sehr richtig!)

Zum Etat selber möchte ich mich nur ganz kurz äußern. Die Wunsche des Landesrates auf Vorlegung des Isthaushalts unterstreiche ich. Mit einem solchen Etat,wie er uns hier vorgelegt wurde, kann man gar nichts anfangen. Was nutzt mich das, wenn ich geschätzte Zahlen auf der einen Seite, und geschätzte Zahlen auf der anderen Seite miteinander vergleiche. Das ist ein Jonglieren mit Zahlen,das wenig wert hat. Ich wundere mich,daß die Regierungskommission uns keinen besseren Etat vorlegt. Auch glaube ich nicht,daß irgend ein Land der Welt überhaupt einen solchen Etat drucken würde,aus dem nicht einmal hervorgeht,wie das Jahr vorher abgerechnet ist bezw. was es gekostet hat.

Dann will ich noch kurz die Frage der Zölle streifen. Selbstverständlich müßte die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Regierungskommission die Zolleinnahmen bekannt geben. Sie hätte eine gute Gelegenheit dazu,denn in jedem Monat veröffentlicht sie die Wirtschaftszahlen. In diese Statistik gehören auch die Zölle. Wir können der Regierungskommission nur empfehlen,in dieser Veröffentlichung der Wirtschaftszahlen die Zölle bekannt zu geben.

Es ist auch darauf hingewiesen worden,daß die Regierungskommission außerordentlich viel Überschüsse hat,die auf den französischen Banken herumliegen,während sie außerordentliche Ausgaben aus laufenden Mitteln bestreitet. Es geht aber nicht an, daß die Regierungskommission einerseits Überschüsse thesauriert und andererseits außerordentliche Ausgaben aus laufenden Mitteln bestreitet,Ausgaben,die selbstverständlich zu einer starken steuerlichen Belastung der Bevölkerung führen müssen. Solange das nicht aufhört,werden wir im Saargebiet hohe Steuern zu zahlen haben. Wir müssen die Regierungskommission dringend bitten,dazu überzugehen,die außerordentlichen Ausgaben- es sind nicht nur diejenigen,die im Etat ausgewiesen werden,sondern wer den Etat genauer ansieht,der findet eine ganze Reihe Posten in laufenden Ausgaben,die man zu den außerordentlichen Ausgaben hinzuzählen müßte- die auf 20 oder 30 Jahre,vielleicht noch länger,wirken,auf Anleihen zu übernehmen; das wirkt steuererleichternd auf die Bevölkerung des Saargebietes.

Wir sind auch der Meinung,daß Mittel zum Wohnungsbau bereitgestellt werden könnten und würden uns freuen,wenn die Mittel zur Behebung der Wohnungsnot leichter fließen würden. Das Wohnungsproblem ist das ernsteste Problem überhaupt. Ich verstehe auch nicht,was die Regierungskommission gehindert hat,die Wohnungsverordnung so rechtzeitig dem Landesrat vorzulegen,daß wir sie in dieser Sitzung hätten beraten können. Hinderungsgründe sind mir nicht bekannt. Es würde mich außerordentlich interessieren,die Gegengründe, die die Regierungskommission zu unseren schriftlich gestellten Anträgen vorzubringen hat,zu erfahren. Wir sind uns einig darüber,daß die heutige Wohnungszwangswirtschaft nicht mehr,wie es früher gewesen ist,lediglich ein großes Unrecht am Hausbesitzer ist,nein, sie ist heute ein ebenso großes Unrecht auch an der Mieterschaft. Denn ,daß ein Teil der Mieterschaft zwei und dreimal soviel Miete bezahlen muß wie der andere,ist doch ein großes Unrecht. Wir müssen die Mieten einander angleichen. Es geht nicht an,daß ein und derselbe Stand mit gleichen Einnahmen so verschiedene Ausgaben in Bezug auf die Wohnung hat. Die Regierungskommission muß endlich einmal Farbe bekennen. Es ist nicht mehr mit dem

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

allmählichen Abbau getan,sondern die Regierungskommission muß einmal sagen,bis wann sie die Wohnungsverordnung abbauen will. Wir sind der Ansicht,daß zur Angleichung der Mieten ein Jahr ausreicht,und daß innerhalb Jahresfrist der Umrechnungsfaktor der Miete,der heute auf 3,55 steht,auf 6 erhöht werden kann. Das ist die Friedensmiete. Einmal hat uns die Regierungskommission einen Termin angegeben,das war 1923. Da hat der Präsident der Regierungskommission uns ver sichert,daß das Jahr 1924 den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft bringen wird. Heute schreiben wir 1928,und wir hoffen immer noch auf den Abbau. Uberall dort,wo die Wohnungszwangswirtschaft verschwunden ist, hat man die besten Erfahrungen gemacht. Besonders auch in 200 Gemeinden des Saargebietes. Bemerkenswert ist,daß große Ortschaften darunter sind. Dort entfaltet sich eine große Bautätigkeit. Dort gibt es keine Mietstreitigkeiten mehr. Man nähert sich der Friedensmiete,und die Neubauten sind eben noch um 50 % teurer. Mir ist kein Fall bekannt,daß Wucher eingetreten sei,oder daß ein Fall von Mietwucher bei Gericht verhandelt worden ist. Und wenn ein oder zwei Fälle vorgekommen sein sollten,so sprechen sie nicht gegen die Tatsache,daß man mit dem Abbau vorzügliche Erfahrungen gemacht hat. Auch drüben im Reich. Dort hat man die gewerblichen Räume freigegeben. Was da nicht alles eingewendet worden ist:Die Geschäftsleute können die Miete nicht bezahlen. Jetzt muß der preußische Wohlfahrtsminister selbst zugeben, daß man die besten Erfahrungen mit dem Abbau oder der Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft auf dem Gebiete der gewerblichen Räume gemacht hat. Es geht so beim Abbau der Wohnungszwangswirtschaft wie bei allen ähnlichen Gebieten. Ich erinnere nur an den Abbau der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches. Was hat man da nicht alles gesagt: Das Reich hat nicht genug Vieh usw. Nachdem die Zwangswirtschaft abgeschafft war,hat man erst gesehen,wieviel Ochsen in Deutschland herumlaufen.

(Lachen)

Nachdem wir mit dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft die besten Erfahrungen gemacht haben,möchte ich die Regierungskommission und auch die Parteien bitten, nicht so versteckt und verstohlen für die Beseitigung der Wohnung szwangswirtschaft einzutreten,wie es z.B. das Zentrum bisher getan hat,Bekennen Sie sich endlich dafür,daß man mit dieser Wirtschaft völlig aufräumt.

Was sonst noch zu sagen ist,z.B. über den Bahnschutz,stehe ich selbstverständlich auf dem Standpunkt,daß Leute,die in's Saargebiet kommen oder eindringen,für ihre Wohnung sorgen müssen,und daß der saarländische Fiskus nicht dazu da ist,den Bahnschutztruppen die Wohnung zu bezahlen. Im Gegenteil,ich bin

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

der Ansicht,daß hier eine Einnahmequelle für den saarländischen Etat entstehen müßte. Die Bahnschutztruppen müßten Mieten in den Kasernen zahlen.

Was sonst gesagt worden ist über die

Behebung der Landwirtschaft

unterstützen wir. Ich will nicht näher darauf eingehen. Herr Becker hat die Umstellung der Goldbilanzen erwähnt. Das muß geschehen. Ich gehe aber noch einen Schritt weiter. Wir müssen an die Regierung herangehen,daß sie auch die Steuergesetzgebung auf Gold umstellt. Wir haben das schon im Jahre 1923 verlangt,und die damals mit einem ganz anderen Frankenumrechnungskurs errechneten Steueransatzsummen bestehen heute noch,trotzdem der Franken sich entwertet hat. Das führt zu einer kolossalen Belastung bei der Vermögens-und Einkommensteuer und da wieder besonders bei den unteren Gruppen. Die unteren Gruppen werden teilweise zum dreifachen Ansatz herangezogen wie im Frieden.

Was vom

Straßenbau

gesagt worden ist,das unterstreiche ich. Wir müssen der Abteilung für öffentliche Arbeiten sehr dankbar sein,daß sie so rührig auf diesem Gebiete ist.Denn der Straßenbau im Saargebiet ist geradezu mustergültig.Deutschland und Frankreich stehen nicht auf dieser Höhe in Bezug auf den Straßenbau wie das Saargebiet. Auch der Warndt ist nicht schlecht ausgestaltet.

(Zurufe der Kommunisten)

(Glocke des Vorsitzenden)

Die Straße in der Nähe von Differten und dann die Straße quer durch den Wald sind wunderschön. Auch die Straßen im Karlsbrunner Wald sind nicht schlecht.

Meine Herren! Ich wollte nur noch einige Sonderwünsche vortragen. An dem

Reformgymnasium in Dillingen

muß eine Untersuchung von seiten der Regierungskommission Platz greifen über die sonderbaren Vorgänge an dieser Anstalt. Dort scheinen wunderbare Dinge passiert zu sein. Eine Untersuchung scheint uns dringend am Platze. Meiner Ansicht nach hat die Regierungskommission die Verpflichtung,das Resultat dieser Untersuchung öffentlich bekannt zu geben.

Dann

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

dann wünschen wir auch einmal zu erfahren, wann endlich das

Aufwertungsgesetz

erscheint. Seine Veröffentlichung ist unbedingt notwendig, in welcher Form sie auch erscheinen mag. Der Kredit im Saargebiet wird sonst außerordentlich ungünstig beeinflußt.

Die Gewerbesteuer muß unbedingt herabgesetzt werden. Ich habe mir ausgerechnet, daß die

Gewerbesteuer

auch relativ außerordentlich hoch ist. Sie beträgt in der Stadt Saarbrücken etwa 1/5 des gesamten Nettosteueraufkommens. Im Frieden betrug sie nur 1/10. Sie ist also nicht nur erheblich gestiegen, sondern sie ist im Verhältnis zu den anderen Steuern noch um 100 % gestiegen und meiner Ansicht nach müßte es das Ziel sein, die Steuer auf die Hälfte herabzudrücken. Bei der Gewerbesteuer ist es ganz besonders hart, wenn das Gewerbe nach dem Umsatz herangezogen wird.

(Abg. Schmelzer: Da sind sie nicht ganz im Bilde!)

Ich weiß es sehr wohl, ich bin genau im Bilde. Ich kenne Fälle, wo Betriebe eingestellt werden mußten, weil sie nicht mehr existieren konnten, nach dem man den Unternehmer nach dem Umsatz besteuert und kaputt gemacht hat.

(Abg. Schmelzer: Sprechen Sie von der Umsatz= oder Gewerbesteuer?)

Von der Gewerbesteuer! Es kann eigentlich nur bezahlt werden von dem Ertrag oder von dem Vermögen, das andere ist vom Übel, und Unrecht ist es, wenn kein Einkommen da ist und trotzdem nach dem Umsatz Steuern bezahlt werden müssen. Ich bitte vor allen Dingen die Regierungskommission, und wenn es in diesem Jahre nicht mehr gehen sollte, uns aber im nächsten Jahre einen ganz anderen Etat vorzulegen, denn sonst hat es überhaupt keinen Sinn, daß man hier im Landesrat über den Etat auch nur ein Wort verliert.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Vorsitzender: Meine Herren! Ich muß in einer anderen Sache noch einen Beschluß herbeiführen. Die „Saardeutsche Volksstimme", das Organ der national-sozialistischen Arbeiterpartei hat in zwei Artikeln dem Landesrat Unterschlagung und Betrug vorgeworfen und die Abgeordneten Gärtner und Hoffmann als die Urheber bezeichnet. Die Mehrheit des Hauses hat daraufhin an mich das Ersuchen gestellt, namens des Landesrates Strafantrag zu stellen. Nach Angabe des Staatsanwaltes ist hierzu ein formeller Beschluß des Landesrates notwendig.

Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

"Gemäß § 197 der Strafprozeßordnung wird der Herr Oberstaatsanwalt zu Saarbrücken ermächtigt, dem Antrag des Herrn Präsidenten des Landesrates vom 22. November ds. Js. auf Einleitung eines Offizialverfahrens gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Saardeutschen-Volksstimme", Herrn Walter "J u n g aus Dudweiler und Herrn Otto F r i ed aus Neunkirchen wegen Beleidigung des Landesrates stattzugeben.

Der Landesrat macht sich die Begründung des Antrages seines Präsidenten zu eigen."

Darüber muß abgestimmt werden.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Ich habe schon in der betreffenden Fraktionsführerbesprechung mich dagegen gewandt, daß man auf diese Art und Weise irgend einen Menschen, der Politik betreibt, wenn er auch heute Saarbündler und morgen nationalsozialistisch ist, verklagt. Ich bin der Auffassung, daß, wenn auch der Herr Fried und auch der andere Herr, der hier genannt ist gerade in dieser Richtung sich bewegen, denn soviel mir bekannt ist, war er früher Saarbündler,

(Zwischenruf: früher Streikbrecher!)

da bin ich der Meinung, wenn er auch die Methode an sich hat, zu lügen, daß sich die Balken biegen, wenn er versucht hat mit allen Methoden Anhang zu gewinnen, so soll man doch nicht dazu übergehen, einen derartigen Menschen nun mit einer Klage zu bessern zu versuchen. Damit wird man auch nicht den Herrn Fried und nicht den anderen Herrn aus der Welt schaffen können. Sie werden nach wie vor bei ihrer Methode bleiben und dazu noch wahrscheinlich versuchen, politisches Kapital aus der Angelegenheit zu schlagen. Weiterhin muß ich hier auf das Schärfste dagegen Verwahrung einlegen, daß es

<u>doch</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

doch nicht so gegangen ist,wie der Herr Präsident die Sache darzustellen versucht. Er hat hier betont, daß die Mehrheit des Hauses dem Präsidenten den Auftrag gegeben hätte,die Klage einzureichen. Ich muß feststellen,daß die Klage schon eingereicht ist und erst die Staatsanwaltschaft einen formellen Beschluß nachfordert. Die Klage wurde eingereicht, ohne daß die Kommunistische Fraktion gehört wurde. Gegen solche Methoden wenden wir uns mit aller Entschiedenheit.Abschließend muß ich deshalb feststellen, die Kommunistische Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Wir werden draußen bei den Arbeitern als Kommunisten auch gegen die verlogene Methode des Herrn Fried usw. das notwendige sagen.

Vorsitzender: Ich habe bereits gesagt,daß ich den Antrag gestellt habe,und daß nachträglich die Genehmigung notwendig ist. Ich habe den Antrag gestellt,als ich mich vergewissert habe, daß er die Mehrheit finden wird.

Wir kommen zur Abstimmung des Beschlusses. Wer dafür ist, wolle die Hand erheben. Ich stelle fest, daß die Mehrheit des Hauses für den Beschluß ist.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg.Petri(SP): Eine persönliche Bemerkung. Herr Schmoll hat betont,daß ich als Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion in der ersten Fraktionsführer-Besprechung zugestimmt hätte. Ich habe nicht dagegen gesprochen,weil es nach unserer Ansicht möglich ist,eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Ich habe erklärt,daß zuerst unsere Fraktion dazu Stellung nehmen muß und eine weitere Fraktionsführer-Besprechung erwünscht sei,in welcher die schriftlichen Anträge vorgelegt werden sollten,ob dies geschehen ist,weiß ich nicht. Diesen Antrag als eine gemeinsame Erklärung abzugeben, ist nicht richtig,da es ein reiner Zentrumsantrag ist. Wenn ein Fehler gemacht worden ist,so liegt der auf Ihrer Seite. Sie (zum Zentrum) hätten die Pflicht gehabt, sich vor der Sitzung mit den Fraktionsführern ins Benehmen zu setzen. Diese Unterstellung gegen unsere Fraktion müssen wir entschieden zurückweisen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg.Schmoll (DWP): Herr Petri,wir sind garnicht so weit auseinander,da Sie ja grundsätzlich mit der Resolution einverstanden sind. Dieses Gefühl hatten wir alle gehabt,daß die Sozialdemokraten grundsätzlich damit einverstanden sind, und nur der Wortlaut sollte von Herrn Levacher ausgearbeitet werden. Jetzt können Sie doch nicht sagen,wir hätten zu Ihnen kommen sollen. Wir haben doch nicht gewußt,daß Sie nicht damit einverstanden sind.

Vorsitzender: Es liegen nicht weniger als 40 Anträge vor, die sowohl dem Hause als auch der Presse vorliegen. Ich schlage vor,die Anträge en bloc nach der Stärke der Parteien zu erledigen. Es kämen somit zunächst die Anträge des Zentrums in Frage und ich möchte die Frage stellen,ob dazu irgendwelche Begründung gegeben oder ob die anderen Parteien ausdrücklich dazu Stellung nehmen wollen.
Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg.Kiefer(Z): Herr Abgeordneter Becker hat darauf aufmerksam gemacht und die Begründung geht aus der Formulierung hervor. Wir hätten den Wunsch,daß die Regierungskommission zu unseren Anträgen recht bald Stellung nimmt und die Wünsche baldigst verwirklicht.

Vorsitzender: Wenn von den übrigen Parteien das Wort nicht gewünscht wird,gehen die sämtlichen Anträge zu Protokoll.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg.Weiß(KP): Meine Herren! Die Kommunistische Partei hat mich beauftragt, zu dem Antrag betr. Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft einiges zu sagen. Wir haben bereits einen Antrag eingereicht,nachdem nicht nur die bisherige Verordnung der Wohnungszwangswirtschaft aufrecht erhalten werden soll,sondern noch erweitert werden muß. Herr Schmoll reitet ja bekanntlich sein Steckenpferd schon seit längerer Zeit für die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

(Zuruf des Abg.Schmoll: Sie auch; nur sitzen Sie verkehrt auf dem Gaul!)

Herr Schmoll hat die These aufgestellt,daß, wenn die Mieten erhöht würden,dann auch die Löhne und Gehälter für die Arbeiter, Angestellten-und Beamtenschaft erhöht würden. Wir sind nur durch die Volksschule gegangen,aber soviel wissen wir,daß das nicht stimmt. Wir stellen fest, daß in der letzten Zeit verstärkt versucht wird, die Zwangswirtschaft zu beseitigen. In zahlreichen Gemeindeverwaltungen wurden bereits Anträge eingereicht zur Beseitigung der Zwangswirtschaft. Man scheut auch nicht zurück mit unwahren Angaben an die Vertreter der einzelnen Kommunen heranzutreten. Vor mir liegt eine Eingabe des Haus-und Grundbesitzer-Vereins in Völklingen,Wehrden,Fürstenhausen und Fenne. In dieser Eingabe wird festgestellt,daß in Völklingen nur noch 220, in Wehrden 32,in Geislautern 20 und in Fürstenhausen ebenfalls nur noch 20 Wohnungssuchende vorhanden seien, d.h., wenn die im Bau begriffenen Neubauten bis zum 1.April 1929 bezogen sind. Wir stellen dazu fest und zwar auf Grund des amtlichen Berichts der Verwaltung Völklingen. In dem amtlichen Bericht heißt es,daß wir am 1.Januar 1927 1049 Wohnungssuchende und am 1.Januar 1928 1120 Wohnungssuchende zu verzeichnen haben. Wir haben also laut Verwaltungsbericht im Laufe des letzten Jahres noch rund 70 Wohnungssuchende neu hinzubekommen. Während der Haus-und Grundbesitzer-Verein angibt, daß in der gesamten Bürgermeisterei Völklingen noch nicht einmal 300 Wohnungssuchende vorhanden wären, sind es in Wirklichkeit nach dem amtlichen Bericht 1120. Der Bürgermeister in Völklingen, der sicher nicht auf unserer Seite steht, hat in den letzten Tagen eine Erklärung abgegeben, daß die Zahlen des Haus-und Grundbesitzer-Vereins keineswegs den Tatsachen entsprechen würden. Es ist auch ganz unmöglich, daß die Zahlen des Haus-und Grundbesitzer-Vereins stimmen und ich werde Ihnen an einigen Beispielen zeigen, daß die Verhältnisse nicht nur in Völklingen, sondern auch in anderen Gemeinden des Saargebietes so gelagert sind. Die Wohnungszwangswirtschaft ist in letzter Zeit sehr viel gelockert worden. Auch darüber nur ein paar Worte,was der Bürgermeister zur Frage

der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7

der Tätigkeit des Wohnungsamtes sagt. In seinem Bericht heißt es:„ Infolge der in allen Gemeinden des hiesigen Bezirkes von den örtlichen Wohnungszuteilungskommissionen geübten wohlwollenden Anwendung der im Laufe der Jahre gelockerten Bestimmungen der Wohnungsverordnung,hat der scharfe Widerstand vieler Hauseigentümer gegen die als notwendig erkannten Maßnahmen des Wohnungsamtes etwas nachgelassen. Doch kommt es trotzdem noch häufig vor, daß Hauseigentümer,aber auch Mieter gegen die bestehenden Wohnungsbestimmungen verstoßen,was natürlich jeweils zu unliebsamen Weiterungen führt. Vielfach ist es Verärgerung des Hauseigentümers darüber, nicht frei über sein Eigentum verfügen zu dürfen, oder aber, Mißtrauen gegen die parteipolitisch-zusammengesetzte Wohnungszuteilungskommission."

Weiter heißtes:„ Wie eingangs ersichtlich,beträgt die Zahl der dem Hauseigentümer oder seinen Kindern überlassenen Wohnungen etwa 50 % aller freigewordenen Wohnungen. Klagen der Hauseigentümer in dieser Beziehung sind daher unberechtigt." Der Haus-und Grundbesitzer-Verein mit Herrn Schmoll an der Spitze sagen, die Leute müßten frei verfügen können über ihre Häuser. Wir wissen doch, daß ein sehr großer Teil ihre Häuser erst in der Inflationszeit bezahlt haben,während die Groschen der Arbeiter,Angestellten und Beamten, die sie auf die Kasse getragen hatten,durch den Krieg und Inflation vollständig zum Teufel gegangen sind,während der Hausbesitzer doch dadurch noch am Besten abgeschnitten hat. Die Haus-und Grundbesitzer erklären weiter, daß, wenn einmal die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben sei, daß dann genügend Wohnungen vorhanden wären. Das ist nicht wahr. Wenn Sie vor dem Kriege durch die verschiedenen Straßen gegangen sind, konnten Sie hier und da ein Schildchen sehen, auf dem geschrieben stand: „Wohnung zu vermieten." Das ist heute nicht mehr der Fall, es sei denn bei großen Wohnungen, die der Zwangswirtschaft nicht unterliegen, für die aber kein Arbeiter die Miete aufbringen kann. Es ist ferner noch dadurch ein Wohnungsmangel vorhanden, weil während des vierjährigen Krieges und auch noch in der Nachkriegszeit eben keine Wohnungen gebaut worden sind. Die Wohnungsnot ist daher eine Folgeerscheinung des Krieges und der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung überhaupt. Inwieweit man den Hauseigentümer entgegenkommt,will ich Ihnen auch nur an einem Beispiel zeigen.

In Völklingen hat man Leuten Wohnungen zugeteilt seitens des Wohnungsamtes,die noch nicht einmal verheiratet und noch nicht einmal in der Wohnungsliste standen. Alle Beschwerden, die wir eingereicht hatten, wurden von dem Bürgermeister bestätigt. Die Fälle, daß ein junges Ehepaar eine Vierzimmerwohnung bekommt, sind doch

keine

A4

keine Seltenheit. Der Landrat des Landkreises Saarbrücken sollte jedenfalls auch ein Interesse an der Behebung der Wohnungsnot haben,aber wie sieht es in Wirklichkeit aus? In Völklingen wurde seitens der Wohnungszuteilungskommission eine Vierzimmerwohnung beschlagnahmt, der Hausbesitzer legte dagegen Beschwerde ein und der Herr Landrat gab der Beschwerde statt und hob die Beschlagnahme wieder auf mit folgendem Begleitschreiben, in dem u.a.stand:„ Ich habe die Beschlagnahme aufgehoben,dagegen müssen Sie den Raum im Kellergeschoß Ihres Hauses, den Sie bisher als Schlafraum Ihres Dienstpersonals benutzten,dem Wohnungsamt zur Verfügung stellen. Diesem jungen Ehepaar, das damals noch nicht einmal verheiratet war, erhielt also mit Zustimmung des Herrn Landrats eine Vierzimmerwohnung. Dazu stellen wir fest,daß in demselben Hause heute ein Schild angebracht ist, auf dem geschrieben steht:„ Fremdenzimmer zu vermieten." So sehen Sie, meine Herren, wie man bestrebt ist,die Wohnungsnot zu lindern.

Herr Schmoll sagt: die Wohnungssuchenden hier in Saarbrücken oder das Wohnungselend in Saarbrücken ist ein besonderes Kapitel. Ich habe die Zahlen vor mir liegen. Nach einer Statistik der Preisermittlungsstelle der Stadt Saarbrücken vom 10.Juli 1928 sind noch 5645 Wohnungssuchende vorhanden. Die Art der Unterbringung ist folgende:

1305 Wohnungssuchende wohnen bei ihren Eltern,481 Wohnungssuchende wohnen möbliert,37 Wohnungssuchende sind vollständig ohne Wohnung,obdachlos; 19 Familien mit 6 Personen wohnen in einem Raum,42 Familien mit 5 Personen wohnen in einem Raum,100 Familien mit 4 Personen wohnen in einem Raum, 170 Familien mit 3 Personen wohnen in einem Raum. Von diesen 5645 Wohnungssuchenden der Stadt Saarbrücken sind 3731 Wohnungssuchende nicht im Besitz einer eigenen Wohnung,nach der Statistik der Preisermittlungsstelle.

(Zuruf: Beraten wir heute über die Wohnungsvorlage?)

Nein, zu einem Antrag des Herrn Schmoll über die Aufhebung der Zwangswirtschaft, zu dem Sie vom Zentrum Ihre Zustimmung geben. Wenn auch die Wahlen noch nicht vor der Türe stehen; Sie wollen nicht allzu scharf gegen Ihre Mieter draußen in Frontstellung gehen. Deswegen nehmen wir aber heute schon eingehend zu diesem wichtigen Problem auch hier Stellung. Vom Jahre 1919 sind in Saarbrücken noch 29 Wohnungssuchende vorhanden, die bis heute noch keine Wohnung haben; vom Jahre 1920: 192 Familien; vom Jahre 1921: 129 Familien; vom Jahre 1922: 195 Familien,vom Jahre 1923: 246 Familien; vom Jahre 1924: 296 Familien; vom Jahre 1925: 394 Familien; vom Jahre 1926: 2010 Familien; vom Jahre 1927: 1212 Familien; vom Jahre 1928: 942 Familien.

Das

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Das sind die Wohnungssuchenden, die seit 1919 zurückliegen, die bis heute noch keine Wohnung, selbst in der Stadt Saarbrücken bekommen haben. Wir haben vorgestern eine Sitzung in Völklingen gehabt, an der der Herr Landrat teilgenommen hat. Er hat uns dort das schreckliche Bild von Scheidt vor Augen geführt, daß dort über 100 Familien zusammengepfercht in einem Hause,in der sogenannten „ Mühle" wohnen. Ein anderes Mitglied des Kreises schildert uns die trostlosen Wohnungsverhältnisse von Friedrichstal, indem er erklärte, daß dort Wohnungen vorhanden seien,die mit Schweineställen zu vergleichen sind. Diese Fälle haben wir freilich auch in vielen anderen Gemeinden zu verzeichnen. Nun glaubt man, in den einzelnen Kommunen die Wohnungsnot dadurch zu lindern, in dem man sogenannte ausgemusterte Eisenbahnwaggons hinstellt. Fahren wir nach Völklingen, und schauen Sie sich die Waggons bei Altenkessel an, und gehen Sie weiter nach Völklingen, auf den Rotenhof,dort stehen 3 von diesen ausgemusterten Eisenbahnwaggons. Wenn man glaubt, auf diese Weise die Wohnungssuchenden zusammenzupferchen, so ist das eine Kulturschande für alle die Leute, die eine solche Politik an den Tag legen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Wohnungszwangswirtschaft nicht beseitigt, sondern daß sie noch mehr ausgebaut werden muß. Und zwar ausgebaut nicht bei dem kleinen Hausbesitzer,dem man, wenn ein Zimmer frei wird, sofort einen Mieter auf den Nacken setzt, sondern die großen Wohnungen, die Villen, die Werks-und Grubenwohnungen müssen ebenfalls beschlagnahmt und dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Bei dem kleinen Hausbesitzer, das wissen wir, ist das Wohnungsamt sehr schnell zur Hand; wenn bei dem ein Zimmer frei wird, wird sofort eine Familie hineingesetzt,während man die großen Wohnungen, die Villen,die Werks-und Grubenwohnungen leer stehen läßt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß in dieser Beziehung ein Ausbau erfolgen muß. Der Staat, und hier im Saargebiet die Regierungskommission, die über 20 Millionen für die Landjäger,Polizeidirektion und Kriminalpolizei ausgibt,möge diese Summe verwenden zur Behebung der Wohnungsnot im Saargebiet; sie möge Häuser errichten in den einzelnen Kommunen. Die Regierungskommission mag die vorgenannte Position im Etat streichen und das Geld zur Beseitigung der Wohnungsnot im Saargebiet verwenden. Der Berg-oder Hüttenarbeiter ist mit seinem jämmerlichen Einkommen, das noch nicht einmal zum Leben reicht,nicht imstande, sich ein eigenes Haus zu errichten; es ist unmöglich,selbst mit den vom Kreise gegebenen verbilligten Zinssätzen.

Wir beantragen daher, daß die Wohnungszwangswirtschaft nicht aufgehoben wird,sondern wir verlangen von der Regierungskommission einen weiteren Ausbau der Wohnungszwangswirtschaft,insbesondere daß auch die großen Wohnungen, die Villen, die Gruben- und Werkswohnungen der Beschlagnahme unterliegen. Wir ersuchen Sie daher,dem von uns eingereichten Antrag betr. Ausbau der Wohnungs-Zwangswirtschaft zuzustimmen.

(Bravo-Rufe der Kommunisten)

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Vorsitzender: Können wir dann über die kommunistischen Anträge zusammen jetzt abstimmen?

(Zuruf des Abg.Hey: Ich habe auch noch einen Antrag!)

Ist der Antrag dabei?

(Zuruf des Abg.Hey: Ja!)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg.Petri(SP): Meine Herren! Ich denke,wir kommen schneller über die Sache hinweg,wenn jede Fraktion ihre Anträge einreicht und wenn wir dann en bloc über diese Anträge abstimmen.

Ich habe kurz zu bemerken,daß wir selbstverständlich dafür sind,daß Verbesserungen auf dem Wohnungsmarkt unbedingt eintreten müssen. Daß dies nicht nur durch die Aufhebung der jetzigen Wohnungsverordnung geschieht,sondern daß es nur dadurch geschehen kann,daß unser früherer Antrag,der einstimmig vom Landesrat angenommen wurde, -einstimmig hat der Landesrat gewünscht,daß die Regierung Baukapital zu ermäßigtem Zinsfuß beschaffen soll -angenommen wird, und die Regierung in ihrer neuen Vorlage die Möglichkeit mit einschließt,daß verbilligtes Baukapital im Saargebiet beschafft wird.

Vorsitzender: Meine Herren! Ich möchte noch einmal darauf hinweisen,daß es sich erübrigt,über die Anträge weitere Ausführungen zu machen.

Was speziell den Antrag der Kommunistischen Fraktion zum Strafvollzug anlangt,so geht der Antrag eben erst herein. Es bestand aber bisher die Gepflogenheit,daß Anträge den Fraktionen 4 oder 5 Tage vorher zugeleitet werden mußten. Ich würde daher bitten, den Antrag zurückzustellen.

(Die Kommunisten ziehen den Antrag zurück)

Ich bitte dann,über die 40 eigegangenen Anträge der Fraktionen en bloc abzustimmen.

(Abg.Daub meldet sich zum Wort!)

Vorsitzender: Herr Daub?

Abg. Hoffmann(SP): Wenn der Herr Daub trotzdem zu den Anträgen sprechen will,beantrage ich Vertagung der Sitzung.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

Vorsitzender: Dann schlage ich vor, daß Folgendes beschlossen wird:

Die Anträge sind bekannt, die Parteien haben sie begründet und eine weitere Debatte wird nicht gewünscht.

Wer dafür ist, möge die Hand erheben. Ich stelle die Annahme dieses Vorschlages fest. Damit schließt die Debatte.

Die Sitzung ist geschlossen!

(Schluß der Sitzung 14 Uhr.)

- o O o -

A4